



UNSERE STADT IM WANDEL. EINE CHANCE FÜR GENERATIONEN!

RALF EISENHauer
VORSITZENDER DER SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

REDE ZUM DOPPELHAUSHALT DER STADT MANNHEIM 2014/ 2015
MANNHEIM, 19. NOVEMBER 2013

Herausgeber: SPD-Gemeinderatsfraktion

Redaktion: SPD-Fraktionsgeschäftsstelle

Ralf Eisenhauer

Dr. Felicitas Merkel

Marianne Bade

Helmut Lupke

Peter Baltruschat

Adnan Alibasic

Evelyne Gottselig

Rathaus E5

Reinhold Götz

68159 Mannheim

Helen Heberer

Tel. 0621-293-2090

Joachim Horner

Lena Kamrad

Email: spd@mannheim.de

Ali Müller

Andrea Safferling

www.in-mannheim-spd.de

Ulrich Schäfer

facebook.com/SpdFraktionMannheim

Rainer Spagerer

Elke Stegmeier

Prof. Dr. Horst Wagenblaß

Mannheim, November 2013

Dr. Boris Weirauch

Unsere Stadt im Wandel. Eine Chance für Generationen! 5

Bürgerentscheid zur Bundesgartenschau	9
Neue Wege für Mannheim: Zusammenarbeit Bürgerschaft, Verwaltung, Politik	11
Der Doppelhaushalt 2014 / 2015	13
Ein Haushalt mit guten Leistungskennzahlen	16
Wir nutzen dauerhaft die Chancen guter Gewerbesteuererinnahmen.....	18
Schwerpunkte der SPD	19

An die kommenden Generationen denken 21

Hilfen für Kinder, Jugend und Familie	22
Bildung	23
Inklusion	27
Ausbau der Kleinkindbetreuung.....	28
Fachkräfte gewinnen durch internationale Bildungsangebote	29
„Von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum“	29

Chancen für Wirtschaft und Arbeit nutzen 31

Arbeitsmarkt für alle Menschen	32
Aufgaben in städtischer Hand behalten!	33
Gute Arbeit will gut bezahlt werden	33
Besondere Verantwortung der Stadt Mannheim	34

Sozial leben und wohnen 36

Stadtentwicklung durch Integration.....	37
Aktuelle Zuwanderung aus Südosteuropa	38
Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber	40
Sozialpsychiatrische Dienste erhalten	41
Neues Mannheimer Wohnungsmodell.....	42
Sozialticket	44

Der Wandel hat viele Facetten 45

Konversion und Bundesgartenschau	46
Mannheims Innenstadt – die attraktivste Einkaufsmeile der Region	50
Zukunft Technisches Rathaus	51
Feuerwachen, Brand- und Katastrophenschutz	51
Gute Straßen, Brücken und Plätze	53
Vorfahrt fürs Radfahren	55
Neue Angebote für moderne Mobilität	55
Klimaschutz weiter verbessern	57
Öffentliche Sicherheit	58
Sauberes Mannheim	59

Für alle Generationen: Sport und Kultur..... 60

Vereinssport stärken	61
Sport für Alle mit Allen	62
Sport und Schule.....	63
Sport in Mannheim und die Chancen der Konversion	64
Etabliert als Kulturstadt.....	65
Stadtteilkultur und Freie Szene.....	67
Interkulturelle Kulturarbeit.....	68
Kulturelle Bildung	69
Europäische Kulturhauptstadt.....	69

Die Chance für unsere Stadtteile..... 71

Städtebauförderung braucht wieder mehr Bundesmittel	71
Die Stadtteile genau im Blick	72

Danke..... 77

UNSERE STADT IM WANDEL. EINE CHANCE FÜR GENERATIONEN!



Bundesgartenschau gemeinsam planen

Foto: Kay Sommer

Zusammenarbeit Bürgerschaft, Verwaltung und Politik

Chancen dauerhafter Gewerbesteuererinnahmen

Engagement würdigen, Beispiel: 48er Platz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten in den kommenden Wochen über die kommunalpolitische Rahmensetzung bis zum Jahr 2017. Gestatten Sie mir zu Beginn meiner Ausführungen einige Anmerkungen zum historischen und politischen Umfeld, in dem wir uns damit bewegen.

Wir beraten gemeinsam den Haushalt der Stadt Mannheim für die beiden Jahre 2014 und 2015 und damit 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach der Befreiung vom NS-Terror durch die damaligen Alliierten, militärisch und vor allem politisch angeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Und nun? Wo stehen wir in Mannheim bis 2015? Immerhin schon ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung? Wir stehen sicher an einer Zeitenwende - nach dem dann vollständigen Abzug der US-Army. Und vermutlich stehen wir auch am Ende des transatlantischen Jahrhunderts. Denn offensichtlich und aus ihrer Interessenlage heraus auch folgerichtig wenden sich die USA nach Westen, hin zur neuen Weltmacht China – unser engster Verbündeter der vergangenen Jahrzehnte steht am Beginn eines transpazifischen Jahrhunderts.

Niemand von uns kann absehen, was das bedeutet und wohin es die Weltgemeinschaft führen wird, aber es bedeutet mit Sicherheit, dass wir in Europa ebenfalls unsere Blicke stärker in alle Himmelsrichtungen wenden müssen. Nach Osten zu Russland und Asien, aber vor allem auch nach Süden auf den vergessenen Kontinent Afrika, dessen weiteres ökonomisches Schicksal unmittelbaren Einfluss haben wird auf unsere Stabilität und unseren Wohlstand in Europa.

Neben der geopolitischen Dimension stellt sich aber auch gesellschaftspolitisch die Frage des „Wohin?“ Kündigt sich bereits das Ende der angloamerikanischen Hegemonie in Kultur und Gesellschaft an? Wohin führt der moralische und ökonomische Niedergang der ersten großen Demokratie der Neuzeit mit dem alltäglich zu beobachtenden Aushöhlen der Grundwerte der amerikanischen Verfassung? Wir müssen spätestens seit der Finanzkrise erkennen – und diese Erkenntnis schmerzt doch insbesondere auch deutsche Transatlantiker in allen Parteien – dass in den USA ein ökonomischer, weil mentaler Zusammenbruch der freien Gesellschaft droht. Ich behaupte, wir erleben gerade die Endzeit des individualisierten Kapitalismus, der bereits weite Züge eines Orwellschen Überwachungsstaats trägt.

Und die Beantwortung folgender Frage ist von größter Wichtigkeit für alle Menschen auf unserem gemeinsamen Planeten, die an Freiheit und Demokratie glauben. Welchen weiteren Verlauf nimmt das historisch einmalige Experiment des 'Nation Building' auf Grundlage einer Verfassung, auf Basis von Werten und Normen und nicht auf Abstammung, Herkunft, Weltanschauung oder Religion? Denn in einer globalisierten Welt und in den immer bunter werdenden Städten einer solch vielfältigen Welt werden nur die erfolgreich sein, die das Zusammenleben der Kulturen friedlich gestalten und die enorme Vielfalt als Chance für ihre Entwicklung begreifen.

Diese gesellschaftlichen Ideale sind bereits in unserer Stadtgründung angelegt und es ist daher auch kein Zufall, dass gerade hier in Mannheim die kulturelle Befreiung durch die US-Amerikaner auf so fruchtbaren Boden gefallen war. Neben unserer zunächst militärstrategisch und später handelspolitisch begünstigten Lage an Neckar und Rhein begründen insbesondere unsere kulturelle Vielfalt, unsere Offenheit und Toleranz den Reichtum unserer Stadt. Wir wollen auch in Zukunft ein Magnet sein für alle Menschen guten Willens!

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wächst für uns die Bedeutung Europas. Doch ich beobachte mit Sorge eine wachsende Orientierungslosigkeit innerhalb Europas und den schleichenden Verlust unserer religiösen und damit kulturellen Wurzeln – insbesondere in Westeuropa. Denn viele Menschen sind auch deshalb mit der Herausforderung des sich in Mitteleuropa ausbreitenden Islams überfordert, weil ihnen ihre eigene kulturelle Identität abhandengekommen ist. Nur wer sich seiner selbst, seiner Kultur und Identität bewusst ist, begreift andere, selbstbewusste Kulturen als Bereicherung und ist in der Lage zum Dialog ohne sich erheben zu wollen.

Ich spreche hier ganz bewusst das Verhältnis von Religion und Gesellschaft an, da die Überwindung der europäischen Teilung und damit auch die deutsche Wiedervereinigung maßgeblich von den christlichen Kirchen befördert wurden. Es war in den 80er Jahren der polnische Papst, der es zu seiner Aufgabe machte, gegen einen gottlosen Staatssozialismus anzugehen und der mit Lech Walesas „Solidarnosc“ einer Bewegung von unten zum Sieg verhalf. Und was zeichnet sich derzeit ab mit dem ersten Jesuit auf dem Bischofsstuhl in Rom? Macht er nicht mindestens ebenso deutlich, dass unser gottloses finanzkapitalistisches Gesellschaftsmodell unmenschlich und ein Irrweg ist?

Was außer der rein materialistischen Sorge um den Euro verbindet uns? Wo tauschen wir uns aus über unser gemeinsames kulturelles Erbe - von den zivilisatorischen Errungenschaften seit den Römern über die religiös motivierten Irrwege des Mittelalters, dann die Blüte unserer europäischen Renaissance-Städte mit der enormen Entwicklung von Wissenschaft und Kunst, bis zur Aufklärung mit ihrer Entfesselung des menschlichen Geistes zur Überwindung feudaler Strukturen und dem Beginn eines wahrhaftigen Humanismus?

Welche Lehren ziehen wir gemeinsam in Europa aus dem anschließenden Nationalismus, der uns in das katastrophale 20. Jahrhundert geführt hat? Haben wir nach den totalitären Exzessen von Faschismus und Kommunismus nicht inzwischen den totalitären Kapitalismus? Die Mechanisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die völlige

Unterordnung des Individuums unter die angeblichen Erfordernisse eines rein virtuellen Finanzmarkts?

Europa ist wieder einmal an einer Zeitenwende: wir haben es selbst in der Hand, ob wir unser so reichhaltiges Erbe und unsere kollektiven Erfahrungen nutzen können, um in einer globalisierten Welt, welche an die Grenzen ihres quantitativen Wachstums stößt, Impulse zu setzen für mehr Menschlichkeit, für Frieden und Verständigung.

Die Basis für solch eine Neuorientierung oder besser für eine Vergewisserung unserer selbst, kann in unseren Städten gelegt werden. Die europäische Stadt kann die Keimzelle einer europäischen Wertegemeinschaft werden, indem sie einen Möglichkeitsraum bietet. Für den Austausch, auch für die Reibung verschiedener Lebensentwürfe, unterschiedlicher Prägungen und Erfahrungen. Dafür aber bedarf es einer gemeinsamen ethischen Grundlage aber auch der Bereitschaft, sich selbst immer wieder in Frage zu stellen.

Bürgerentscheid zur Bundesgartenschau

Dies gilt nach meiner Auffassung gerade auch für den Umgang im politischen Wettbewerb unter Demokratinnen und Demokraten. Und zu diesem Umgang im politischen Wettbewerb haben wir als Stadtgesellschaft in den vergangenen Monaten ja einige Erfahrungen gesammelt, deren abschließende Bewertung mir heute noch gar nicht möglich scheint.

Der breit getragene Beschluss des Gemeinderats, die Entscheidung über die Bundesgartenschau direkt an die Bevölkerung abzugeben, ist ein wichtiges Signal für die Mannheimerinnen und Mannheimer: Wir möchten gemeinsam an der Konversion und an der Bundesgartenschau arbeiten. In den Planungsgruppen können wir nun weitere Schritte auf diesem gemeinsamen Weg gehen.

Unabhängig vom Ausgang des Bürgerentscheids bleibt festzuhalten: Die Zeiten haben sich verändert. Mit der Konversion haben wir einen großen Bürgerbeteiligungsprozess angestoßen, in dem wir verschiedene Formen der Beteiligung ausprobieren. Dazu gehören beispielsweise die Sammlung der 1000 Ideen zur Konversion, Beteiligungs- und Planungsworkshops, die Gründung von Arbeits- und Planungsgruppen, die Berufung von Zukunftslotsinnen und Zukunftslotsen aus der Bürgerschaft oder eben auch der Bürgerentscheid. Alle diese Beteiligungsformen haben Stärken und Schwächen. Und nach den Erfahrungen der vergangenen Monate sollten wir nun gemeinsam erörtern, welche Beteiligungsformen in welcher Weise zu welchem Zeitpunkt für künftige Fragestellungen geeignet sind, um das eigentliche Ziel zu erreichen. Nämlich zunächst die Verbesserung und Versachlichung der Entscheidungsfindung selbst und dadurch anschließend auch die Verbesserung der Akzeptanz der getroffenen Entscheidung. Zu beiden Aspekten sehe ich für uns als Stadtgesellschaft noch deutlich Luft nach oben. Wir alle befinden uns hierbei in einem Lernprozess, in dem wir uns auch Fehler eingestehen können müssen und den Kurs ändern, falls dies notwendig ist.

Deshalb gilt es für die nächsten Jahre unsere weiteren Schritte hin zu mehr Bürgerbeteiligung genau zu evaluieren und sie daran zu messen, ob sie tatsächlich einen Beitrag leisten zur Erreichung der von mir skizzierten Ziele. Mit dem jährlich erscheinenden Weißbuch zur Konversion sind wir dabei nach meiner Einschätzung auf dem richtigen Weg. Gerade auch für die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik sowie mit der Bürgerschaft ist dies der richtige Ansatz. Gerade für den weiteren Verlauf der Konversion und die kommenden Zukunftsprojekte sind wir damit gut gerüstet.

Auf Grundlage dieses Demokratieverständnisses und mit diesem Werben für den inhaltlichen Streit um Sachentscheidungen möchten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerne auch die Haushaltsberatungen mit Ihnen angehen. Es sind ja die letzten Haushaltsberatungen, die wir in dieser Zusammensetzung miteinander haben werden, wir legen also die Grundlage für das Handeln eines neuen Gemeinderats. Und an dieser Stelle

möchte ich bereits heute dafür werben, dass wir uns alle im bevorstehenden Wahlkampf und somit auch jetzt bei unseren Listenaufstellungen dafür engagieren, dass sich die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft im neuen Gemeinderat stärker widerspiegelt, als dies derzeit der Fall ist. Dabei geht es um eine gute Mischung aus Jung und Alt, um ein möglichst breites Spektrum an beruflichen und persönlichen Qualifikationen, um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und insbesondere darum, dass der vielfältige kulturelle, religiöse und ethnische Reichtum in unserer Bürgerschaft auch endlich hier im Mannheimer Gemeinderat angemessen vertreten wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir sonst weder die Chancen der Mannheimer Vielfalt voll nutzen noch die damit verbundenen Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben werden meistern können.

Wie ausgeführt, begründen insbesondere unsere kulturelle Vielfalt, unsere Offenheit und Toleranz den Reichtum unserer Stadt. Es gab sogar Zeiten, in denen im Rat dieser Stadt nicht nur Deutsch gesprochen wurde, und in diesen Zeiten war der Anteil der Nichtdeutschen Bewohnerschaft übrigens geringer als heute. Wir müssen als Gemeinderat attraktiv sein für alle Bürgerinnen und Bürger guten Willens. Und ich möchte hier unsere Forderung nach kommunalem Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich unterstreichen. Vor dem Hintergrund einer sich anbahnenden Großen Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten in Berlin sollten wir hier vielleicht aus den Reihen der Kommunalpolitik gemeinsam einen erneuten Anlauf unternehmen.

Neue Wege für Mannheim: Zusammenarbeit Bürgerschaft, Verwaltung, Politik

In Zeiten des Wandels müssen alte Muster und Verfahrensweisen überprüft werden. Mit der Verwaltungsreform Change haben wir uns auf den richtigen Weg gemacht. Die Evaluation des Projekts bescheinigt uns, dass wir die Weichen richtig gestellt haben auf unserem Weg, die modernste Verwaltung Deutschlands zu werden. Ein solcher Kulturwandel kommt allerdings nicht von alleine, sondern vollzieht sich über Jahre.

Auch das neue Modell zur Betreuung der Bezirksbeiräte mit dem politischen „Gemeinderatstandem“ in der Sitzungsleitung hat sich nach unserer Einschätzung bereits gut bewährt. Die Stärkung der Arbeit des Bezirksbeirates, die verbesserte Beteiligung der Öffentlichkeit und die enge Verzahnung mit dem Gemeinderat führen zu einem neuen politischen Verständnis in den Stadtteilen für gesamtstädtische Zusammenhänge.

Diese Stärkung des Ehrenamtes begrüßen wir ausdrücklich und wollen dies weiter entwickeln. Dazu gehört es dann beispielsweise auch, dass die Vorsitzenden der Bezirksbeiräte als gewählte Vertreter der Bürgerschaft repräsentative Aufgaben wahrnehmen.

Auch die Evaluation von Change ermutigt uns als Gemeinderat, eine neue Kooperation zwischen Verwaltung und Parteien auszuhandeln. Über die Steuerung durch die Managementziele stehen neue Möglichkeiten bereit. Deutschlandweit gibt es noch keine besten Lösungen, wie zu verfahren ist. Hier muss die Verwaltung genauso wie der Gemeinderat den richtigen Weg finden. Dafür muss die Bereitschaft vorhanden sein, alte Muster aufzubrechen und im Prozess auch Fehler einzugestehen und zu korrigieren.

So erwarten wir eine stärkere Zusammenarbeit in den Fachausschüssen. Soll der Gemeinderat seine größer werdenden Aufgaben erfüllen, so muss er rechtzeitig in die Vorhaben der Verwaltung über die Fachausschüsse eingebunden werden, um entsprechend Prioritäten setzen zu können. Dafür muss der Gemeinderat umgekehrt bereit sein, sich an anderer Stelle auch zurückzunehmen und die Verwaltung arbeiten zu lassen. Die SPD ist für diese Kooperation bereit. Wir freuen uns darauf, in den kommenden Monaten und Jahren die Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Zudem möchten wir bürgerschaftliches Engagement weiter stärken und unterstützen, um Mannheim weiter als Metropole aktiver Bürgerinnen und Bürger zu etablieren. Deshalb

möchten wir beispielsweise das Engagement der Initiative zum 48er Platz würdigen und die notwendigen Mittel für die Neugestaltung des Platzes bereitstellen.

Der Doppelhaushalt 2014 / 2015

Ich glaube, niemand wird ernsthaft bestreiten können, dass uns der Oberbürgermeister am 22. Oktober einen außergewöhnlich leistungsfähigen, finanzpolitisch nachhaltigen und inhaltlich ausgewogenen Haushaltsentwurf vorgelegt hat. Dafür gebührt zunächst Ihnen und der gesamten Verwaltung Dank, Lob und Anerkennung!

Er enthält als Grundlage der Planung nun ein deutlich vertieftes Zielsystem, das wir ausführlich beraten und beschlossen haben und auf dessen Basis wir nun klarer über Wirkungen und Leistungen unserer Stadtverwaltung sprechen wollen. Auf Grund dieser Erarbeitung der Schwerpunkte unterjährig in den Fachausschüssen konnte die SPD bereits entscheidend die Weichen für den Haushaltsentwurf der Verwaltung stellen. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass wir nun in den Haushaltsberatungen beim Ringen um Einzelprojekte schneller zu Entscheidungen kommen können.

Es ist ein Haushalt, der geprägt ist von einer deutlichen Ausweitung der Leistungen in den Themen Betreuung und Erziehung, Schulen, Verkehrsinfrastruktur, Feuerwehr und Gebäudeunterhalt. So plant die Verwaltung mit diesem Doppelhaushalt insgesamt 205 Millionen Euro an Investitionen.

Wir wollen etwa unser ambitioniertes Krippenausbauprogramm der vergangenen Jahre schrittweise bis auf ca. 40 Prozent fortführen. Insgesamt sind für Krippen und Kindertagesstätten bis 2017 etwa 21,5 Millionen Euro vorgesehen.

Ebenso werden wir im Bereich der Schulen teilweise in Form von Generalsanierungen weitere Standorte von Grund auf ertüchtigen und Brandschutzmaßnahmen vornehmen: Für Schulinvestitionen sind bis 2017 insgesamt 72 Millionen Euro vorgesehen.

Neben den Investitionen für unsere bestehende Infrastruktur fordert uns nun auch die Konversion zu verstärkten Anstrengungen. Und da wir uns in diesem Zusammenhang für das Instrument einer Bundesgartenschau 2023 entschieden haben, beginnen wir in diesem Doppelhaushalt zunächst mit 400.000 Euro Planungskosten sowie zusätzlich mit jeweils einer Million Euro für die Gründung einer Bundesgartenschauengesellschaft und einer Projektentwicklungsgesellschaft für das Benjamin-Franklin-Village.

Entgegen der Behauptung mancher BUGA-Gegnerinnen und BUGA-Gegner, dass 70 Millionen Euro innerhalb von zehn Jahren unseren Investitionshaushalt überfordern würden, erbringen wir doch derzeit und noch bis 2018 den Gegenbeweis mit der Realisierung des Glücksteinquartiers samt Neubau der Feuerwache Mitte – insgesamt ca. 75 Millionen Euro!

Dieser Haushaltsentwurf ermöglicht uns somit trotz der beschriebenen Leistungsausweitung ein außergewöhnlich hohes Investitionsniveau bei fortgesetztem Abbau von Schulden. Zudem werden die sogenannten „versteckten Schulden“ abgebaut durch deutlich erhöhte Aufwendungen in den Bereichen Gebäude- und Straßenunterhalt. Und wie bereits 2012 und 2013 werden wir auch in den Folgejahren die Abschreibungen im Ergebnishaushalt erwirtschaften.

Der vorgelegte Haushalt sieht keine Nettoneuverschuldung vor. Im Gegenteil: Es ist bis 2017 durch Abbau der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte ein Schuldenabbau von 36 Millionen Euro auf dann 616 Millionen Euro vorgesehen.

Und trotz oder richtigerweise gerade wegen unserer aktuell noch sehr guten Haushaltslage kündigt der Oberbürgermeister bereits heute ein zweites Haushaltsstrukturprogramm in

Höhe von jährlich 15 Millionen Euro ab 2017 an. Dies ist Ausweis der so gerne in Sonntagsreden eingeforderten finanzpolitischen Wahrheit und Klarheit und findet daher unsere Unterstützung. Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist bereit, die inhaltliche Erarbeitung ab 2014 gemeinsam mit der Verwaltung und den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen anzugehen und darüber zu beraten, welche Leistungen und Produkte wir einstellen werden, um unsere finanzielle Leistungsfähigkeit auf Dauer zu sichern. Und die in diesem Zusammenhang vom Oberbürgermeister eingeforderte Verantwortung der jeweiligen Fachpolitik will ich dabei ausdrücklich unterstreichen.

Wir wollen deshalb rechtzeitig gemeinsam mit der Verwaltung in den Fachausschüssen begonnene Projekte wie das Quartiermanagement oder den Integrationsfonds für Menschen aus Südosteuropa beraten und gegebenenfalls anpassen.

Und bereits für diese Haushaltsberatungen möchte ich anregen, dass wir uns bei unseren Diskussionen um weitere wünschenswerte Projekte, die bisher im Entwurf des Oberbürgermeisters nicht enthalten sind, darüber verständigen, welches andere Projekt aus diesem Entwurf wir stattdessen zurückstellen. Mit einer solchen Abwägung etwa innerhalb des Bereichs Kultur oder innerhalb des Bereichs Verkehrsinfrastruktur erreichen wir nämlich zweierlei: Erstens wird uns allen dadurch deutlicher, was genau mit einem solchen dann in der Diskussion stehenden Projekt bewirkt werden soll und zweitens stellen wir dadurch sicher, dass dieser Doppelhaushalt am Ende unserer Beratungen so leistungsfähig, finanzpolitisch nachhaltig und inhaltlich ausgewogen verabschiedet wird, wie wir alle uns dies sicher wünschen.

Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Auch die Stadtteilpolitik muss sich stärker an der gesamtstädtischen Finanzverantwortung messen lassen. Dazu möchte ich Ihnen ein konkretes Beispiel geben als Vorsitzender des Bezirksbeirats Vogelstang. Bei der letzten öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirats, einen Tag nach den hier gehaltenen Haushaltsreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers, hatten erfreulicherweise alle anwesenden

Kollegen die wesentlichen Inhalte noch präsent. Denn sowohl mein Stellvertreter, Herr Kollege Pfanz-Sponagel, als auch die Kollegen Dr. Fojkar, Schäfer und Dieter haben mich dabei unterstützt, deutlich zu machen, dass die Umsetzung aller vor Ort formulierten Anforderungen an Nahverkehr, Schulbauten und Hallenbad nur mit deutlichen Steuermehreinnahmen, also mit einer Anhebung der Staatsquote, möglich wäre.

Und erfreulicherweise habe ich auch nach dieser gut vierstündigen Sitzung anerkennende Worte erhalten - von Mitgliedern des Bezirksbeirats wie von Besucherinnen und Besuchern – für meinen Appell an den Stadtteil und eben auch für die Verdeutlichung unserer Gesamtverantwortung als Stadträtinnen und Stadträte. Wie bereits zur BUGA-Debatte ausgeführt, bin ich fest davon überzeugt, dass wir als direkt gewählte und legitimierte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft einen Fehler begehen, wenn wir die uns übertragene Verantwortung nicht annehmen und uns nur als Sprachrohr von Einzelinteressen verstehen. Mit guter Kenntnis der gesamstädtischen Zusammenhänge und mit seriöser Darstellung von Sachargumenten erhalten wir auch individuell als ehrenamtliche Kommunalpolitiker die Anerkennung und Wertschätzung, die wir uns sicher alle wünschen.

Ein Haushalt mit guten Leistungskennzahlen

Um der Bürgerschaft ein realistisches Bild unserer tatsächlichen Vermögens- und Ertragslage geben zu können, ist die Vorlage der Eröffnungsbilanz von erheblicher Bedeutung. Hier möchte ich noch einmal auf die BUGA-Debatte zurückkommen: Die von einigen gerne wiederholte Behauptung, unsere Stadt sei in besonderem Maße verschuldet und unser städtisches Vermögen sei verzehrt, ist genau dieses: eine Behauptung! Hier die Fakten: Wir verfügen bei einer Bilanzsumme von rund 2,3 Milliarden Euro über ein Basiskapital von derzeit 1,1 Milliarden Euro. Es ergibt sich aus dem Vermögen abzüglich von Rücklagen und Rückstellungen, Sonderposten für erhaltende Investitionszuschüsse, Rechnungsabgrenzungsposten und Verbindlichkeiten. Dieses Basiskapital zuzüglich Rücklagen ist 2012 natürlich deutlich gestiegen.

Nur um die größten städtischen Gesellschaften zu nennen, die zum Vermögen der Stadt beitragen: Das Anlagevermögen der GBG betrug im Jahr 2012 fast 500 Millionen Euro, das Anlagevermögen des Uniklinikums ca. 309 Millionen Euro. Wir sind froh, dass die Stadt Mannheim weiterhin die Mehrheit an der MVV Energie AG besitzt. Dadurch erhalten wir beispielsweise auch jährlich 30 Millionen Euro an Dividenden, die wir ausschließlich zur Finanzierung unseres Öffentlichen Personennahverkehrs nutzen.

Unter der Annahme einer gesamtwirtschaftlich weiterhin guten Entwicklung erwarten wir bei der Gewerbesteuer für die kommenden beiden Jahre jeweils über 300 Millionen Euro. Auch dank unserer mutigen Entscheidung, den Hebesatz wieder auf 430 Punkte festzulegen, leisten somit die erfolgreichen Unternehmen unserer Stadt ihren Beitrag für unser Gemeinwesen. Eine Veränderung ist daher weder bei der Gewerbesteuer noch bei der Grundsteuer erforderlich.

Beim Kommunalen Finanzausgleich dürfen wir inzwischen davon ausgehen, dass sich der Rückgang der Bevölkerungszahlen durch den Zensus 2011 durch die höheren Pro-Kopf-Beiträge ausgleicht und gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung kein Minderertrag befürchtet werden muss.

Bei unseren Personalaufwendungen wirken sich die vergangenen Tarifsteigerungen von rund 6,5 Prozent aus und für die beiden kommenden Jahre sind weitere 1,6 Prozent je Jahr eingerechnet. Für Sachausgaben sind bis 2015 Steigerungen von insgesamt 2,6 Prozent auf dann knapp 178 Millionen Euro eingestellt.

Erfreulicherweise erwarten wir bei den Netto-Sozialaufwendungen mit gut 177 Millionen Euro in 2015 erstmals einen Rückgang. Denn trotz weiterer Steigerungen bei anderen Hilfearten bewirkt die Kostenübernahme durch den Bund im Bereich der Grundsicherung im Alter und

bei Erwerbsminderung eine spürbare Entlastung von knapp 35 Millionen Euro in 2014 und knapp 38 Millionen Euro in 2015.

Wir nutzen dauerhaft die Chancen guter Gewerbesteuereinnahmen

Wir haben mit dem letzten Doppelhaushalt zur Verbesserung der Einnahmesituation den Hebesatz der Gewerbesteuer wieder auf 430 Punkte zurückgeführt. Durch diese zusätzlichen 15 Punkte, gerade in der aktuell für die Mannheimer Betriebe außergewöhnlich erfolgreichen Phase, ist uns zweierlei gelungen.

Erstens haben wir diesen Schritt genau zum konjunkturell richtigen Zeitpunkt getan, nämlich in der Phase großer Leistungsfähigkeit der Unternehmen mit historisch einmaligen Erträgen. Denn selbstverständlich verbleiben den erfolgreichen Betrieben – und nur solche bezahlen überhaupt Gewerbesteuer - auch nach Abführung ihrer Gewerbesteuer noch Gewinne, die über denjenigen früherer Jahre liegen.

Und zweitens konnten wir allein dadurch in den beiden vergangenen Jahren Gewerbesteuermehreinnahmen von über 20 Millionen Euro zusätzlich erzielen, wovon über 12 Millionen Euro in den Abbau von Schulden flossen. Und schon allein aus diesem Anteil an der Verringerung unseres Kreditvolumens ergibt sich wiederum eine dauerhafte jährliche Zinsersparnis von etwa 350.000 Euro.

Und in dieser Größenordnung werden wir bei unverändertem Hebesatz nun auch in den Folgejahren Mehreinnahmen gegenüber der früheren Finanzplanung erzielen. Und genau mit diesen Mitteln können wir künftig unsere Investitionen finanzieren und unsere Verschuldung zurückführen. Diese mutige Entscheidung war richtig, sie war angemessen und ich bin stolz darauf, dass eine Mehrheit des Gemeinderats vor zwei Jahren diesem Vorschlag der SPD-Gemeinderatsfraktion gefolgt ist. Und ich bin dankbar dafür, dass mich damals, als gerade frisch gebackener Fraktionsvorsitzender, viele unterstützt und mir den

Rücken gestärkt haben. Denn der enorme politische Druck auf mich persönlich durch wirtschaftsnahe Verbände und die mediale Begleitmusik waren erheblich gewesen. Umso mehr bin ich heute erleichtert und glücklich über die geschilderte hervorragende Entwicklung und die mittlerweile parteiübergreifende Bestätigung der Richtigkeit dieses Schrittes.

So habe ich mich natürlich auch sehr gefreut über die aufrichtigen Worte des Ersten Bürgermeisters und Kämmerers, der als exponierter Vertreter der CDU hier an dieser Stelle vor wenigen Wochen zur Gewebesteuer erklärt hat, *„dass wir in der Größenklasse von 200.000 bis 500.000 Einwohnern eine sehr gute Ausgangsposition haben: ... Von den insgesamt 26 Städten in dieser Größenklasse haben nur zwei Städte einen Hebesatz, der mit 400 bzw. 410 von Hundert geringer ist als der Mannheimer Hebesatz von 430.... Das ist für uns eine gute Ausgangsposition, auch nationale und internationale Unternehmen für unsere Konversionsflächen zu gewinnen.“*

Schwerpunkte der SPD

Der Haushalt ist unser Plan für die Zukunft unserer Stadt. Die Mannheimer SPD bekennt sich klar zu unseren strategischen Zielen und unseren inhaltlichen Schwerpunkten. Wir alle haben im vorliegenden Haushaltsplanentwurf bei den Investitionen aber auch erkennen müssen, dass wir zwar im Bereich Kinderbetreuung und Schule nicht nachlassen, dass wir aber trotz einer Erhöhung der Mittel für den Erhalt unserer Infrastruktur nicht alles, was aus unserer Sicht wünschenswert und teilweise notwendig wäre, leisten können.

Deshalb wollen wir bei den anstehenden Haushaltsberatungen durchaus selbstbewusst als Gemeinderat Veränderungen vornehmen und dabei vor allem über die Priorisierung und die zeitliche Abfolge der verschiedenen Vorhaben unsere, auch jeweils parteipolitischen, Schwerpunkte durchsetzen.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion bleibt unter meiner Führung verlässlich und berechenbar und setzt daher ihren Kurs der letzten Haushaltsberatungen konsequent fort. Von unseren dauerhaften Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer wollen wir auch in diesem Doppelhaushalt knapp ein Drittel wie folgt verwenden:

1. Wir verstärken insbesondere unsere Anstrengungen im Bereich Kinder, Jugend, Bildung!

Zwei weitere Ganztagsschulen

Eine Million Euro jährlich für die Ausstattung der Berufsschulen

Ein zusätzliches Eltern-Kind-Zentrum

Neubau der Stadtbibliothek am Alten Meßplatz

Abenteuerspielplatz Erlenhof

2. Wir erhöhen die Investitionen zum Erhalt unserer Infrastruktur!

Umbau des 48er Platzes gemeinsam mit der Bürgerinitiative

Sanierung unserer Sportstätten, zum Beispiel MTG-Halle

Baumaßnahmen und Ausstattung für unsere Feuerwehr

Ich habe große Hochachtung vor allen Beteiligten, die einen Beitrag zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs geleistet haben und möchte Ihnen bereits an dieser Stelle namens der SPD-Gemeinderatsfraktion meine Anerkennung und meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

Es ist das Anliegen und das Angebot der Mannheimer SPD in den Haushaltsberatungen hart und kontrovers um Zahlen zu streiten, doch gemeinsam eines nicht zu vergessen: Es geht um die Menschen in unserer Stadt, es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe und es geht um ein friedvolles Miteinander in der Stadt, in der wir leben.

AN DIE KOMMENDEN GENERATIONEN DENKEN



Zwei weitere Ganztagschulen

Eine Million Euro für die Berufsschulen

Ein zusätzliches Eltern-Kind-Zentrum

Neubau Stadtbibliothek am Alten Meßplatz

Abenteuerspielplatz Erlenhof

Kinderbetreuung: PiA-Ausbildung erweitern

Auch wenn wir auf kommunaler Ebene nicht über die großen Leitlinien der Bildungspolitik bestimmen können, so wissen wir doch, dass viele entscheidende Weichen in Bezug auf Bildungsverläufe auf der kommunalen Ebene gestellt werden und wir haben uns als Stadt Mannheim mit Erfolg auf den Weg gemacht, diese Weichen zu stellen.

Hilfen für Kinder, Jugend und Familie

Wir freuen uns sehr darüber, dass es nach langer Zeit und großen Anstrengungen im September 2013 gelungen ist, den Jugendtreff Wallstadt zu eröffnen und den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils endlich einen festen Anlaufpunkt bieten zu können, um ihre Freizeit dort zu verbringen.

In der Schwetzingenstadt ist dieses Ziel noch nicht erreicht, obwohl die notwendigen Gelder schon im letzten Doppelhaushalt eingestellt wurden. Hier ist es dringend notwendig, endlich eine Standortentscheidung zu fällen und mit der Errichtung des Jugendtreffs zu beginnen.

Außerdem liegt uns sehr am Herzen, einen Jugendtreff auf dem Luzenberg zu schaffen. Die entsprechend notwendigen Planungsmittel wollen wir in den Haushalt einstellen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist für uns die Sanierung des Abenteuerspielplatzes beim Jugendhaus Erlenhof im Rahmen der Städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Stadtumbau West- Untermühlaustraße“. Wir wollen die erforderlichen Gelder für die Modernisierung der Außenanlagen einzustellen. Denn wir sind davon überzeugt, dass dieser besondere Spielplatz eine wichtige Funktion für die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil einnimmt.

Uns ist es wichtig, dass die Kooperation von Jugendarbeit und Schule weiter ausgebaut wird, weil wir diese Zusammenarbeit für unerlässlich halten in Bezug auf eine gelungene Ganztagschule. Ebenso ist es uns wichtig, Vereine bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, Kooperationen mit Schulen aufzubauen.

Mannheim bekommt ein Haus des Jugendrechts, dafür haben wir uns als SPD federführend bei der neuen Landesregierung eingesetzt und sind sehr froh, dass die Pläne nun auch in die Tat umgesetzt werden. Wir wollen die erforderliche Personalausstattung, sofern sie nicht durch Umorganisation geleistet werden kann, im Etat absichern, damit das Haus des Jugendrechts auch gut funktionieren kann.

Die Partizipationsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene ist uns sehr wichtig. Die Kinder- und Jugendversammlungen, die ja bereits in einigen Stadtteilen erfolgreich stattgefunden haben, als Möglichkeit für junge Menschen ihre Visionen, Anliegen und Interessen zu artikulieren, ebenso wie der Kinder- und Jugendgipfel sind für uns gute Instrumente, Jugendlichen Gehör zu verschaffen. Das Mannheimer Partizipationsmodell muss verstetigt werden, soll sich weiterentwickeln und verlässlich verankert sein. Auch im Hinblick auf das kommunale Wahlrecht ab 16 müssen wir neue Wege der Ansprache von Jugendlichen gehen.

Insbesondere beim Zukunftsthema Konversion gilt es, die Mannheimer Kinder und Jugendlichen mit ins Boot zu holen und sie am Entwicklungsprozess teilhaben zu lassen. Sie sind Mannheims Zukunft und sollten daher auch bei der Weiterentwicklung unserer Stadt mitwirken können.

Bildung

Die Entscheidungen auf Landesebene, wie etwa die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung, aber auch der demographische Wandel haben natürlich unmittelbare Auswirkungen auf unsere weiteren Planungen in Mannheim. Die laufenden Schulentwicklungskommissionen begleiten wir konstruktiv und die SPD-Gemeinderatsfraktion ist bereit, gemeinsam mit allen Fraktionen die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen anzunehmen und darauf angemessen zu reagieren. Hier geht es

auch um Verantwortung für die Eltern und Kinder: Wenn wir eine Schule weiterentwickeln möchten, müssen wir auch die notwendigen Mittel bereitstellen und den Schulstandort sichern.

Für uns ist es sehr wichtig, den Ausbau der Ganztagschulen weiter voranzubringen, denn wir sehen in gut rhythmisierten Ganztagschulen ein wichtiges Instrument auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit in dieser Stadt und zudem tragen sie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Ein schneller Ausbau der Ganztagschulen ist wünschenswert, hier sind jedoch Lücken im Haushaltsplan erkennbar. Denn oft sind Planungsmittel im Haushalt vorgesehen, jedoch über mehrere Jahre verteilt und teilweise mit fraglicher Aussicht auf Erfolg. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Planungsmittel nur dann einzustellen, wenn die Projekte Aussicht auf Umsetzung haben. Stattdessen wollen wir zusätzlich zur Bertha-Hirsch-Grundschule eine weitere Ganztagschule in diesem Doppelhaushalt realisieren. Bei diesem Anliegen hoffen wir auf breite Unterstützung hier im Gemeinderat und wir erwarten zusätzliche Förderung durch die neue Bundesregierung.

Mannheim hat eine Tradition in Bezug auf innovative Schulformen, man denke an Joseph Anton Sickinger oder an die erste integrierte Gesamtschule Baden-Württembergs, die IGMH. Deshalb unterstützen wir grundsätzlich die Idee einer weiteren Gemeinschaftsschule im Mannheimer Süden. Wenn sich nach der Kerschensteiner Schule eine weitere Schulgemeinschaft entschließen sollte, den Weg in Richtung Gemeinschaftsschule zu gehen, werden wir sie unterstützen.

Klar ist für uns, dass die seit einigen Jahren bereits angegangene Sanierung unserer Schulen weiter gehen soll. Wir werden in diesem Zusammenhang beantragen, dass unabhängig von der Entscheidung über Neubau oder Generalsanierung der Geschwister-Scholl-Schule auf der Vogelstang, dort nun umgehend, und dies muss heißen in 2014, die dringendsten baulichen Maßnahmen ausgeführt werden. Denn neben der Überführung aller

Schulen an die BBS im nächsten Jahr müssen wir auch sukzessive die noch verbleibenden Sanierungsaufgaben angehen.

Dies gilt selbstverständlich auch für unsere Berufsschulen. Im letzten Doppelhaushalt war es der SPD-Gemeinderatsfraktion gelungen, zusätzlich eine Million Euro für die Ausstattung der Berufsschulen durchzusetzen. Diesen Ansatz werden wir auch in diesem Doppelhaushalt einbringen. Denn mit den zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen, die wir allein durch unsere mutige Entscheidung von vor zwei Jahren nun dauerhaft erzielen, wollen wir unter anderem diesen Schwerpunkt dauerhaft setzen.

Wir wollen außerdem weitere Schulen mit Schulsozialarbeit ausstatten. Sollte das Land zusätzliche Mittel freigeben, wollen wir den Mannheimer Finanzierungsanteil aufbringen, um gemäß der bereits beschlossenen Priorisierung zusätzlichen Schulen diese wichtige Unterstützung zukommen zu lassen.

Auch die Gesundheitserziehung liegt uns am Herzen, deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass für das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltvorbeugung Projekt „Klasse 2000 für Mannheimer Grund- und Förderschulen“ weiterhin je 20.000 Euro jährlich eingestellt werden können.

Entscheidend für eine gelingende Bildungskarriere sind Sprachkenntnisse. Wer sich nicht ausdrücken kann, hat auch keine Möglichkeit, verstanden zu werden. Bereits in frühen Jahren können die Weichen für eine gelingende Integration gestellt werden. In Mannheim sind wir mit zahlreichen Programmen dazu sehr gut unterwegs. Verschiedene Ergebnisse zeigen, dass wir damit insgesamt erfolgreich sind. Es gilt allerdings genau herauszufinden, welche Programme am effektivsten bei der Sprachförderung sind. Deshalb ist die Evaluation der bisherigen Maßnahmen enorm wichtig, um gemeinsam festzustellen, welche Maßnahmen wirken. Insbesondere von der Auswertung des Bundesprojekts an den Mannheimer Schwerpunkt-Kitas „Sprache und Integration“ Ende 2014 erwarten wir uns viel.

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist eine entscheidende Schnittstelle in den Bildungsverläufen der Schülerinnen und Schüler. Wir begrüßen die kürzlich beschlossene Neuausrichtung des Übergangsmanagement Schule und Beruf, bei dem wir zukünftig an jeder Werkrealschule einen Ausbildungslotsen einsetzen, dessen Arbeitsplatz an der Schule ist und die Schülerinnen und Schüler so in engen Kooperationen individuell begleitet werden können. Die wissenschaftliche Begleitung soll der Qualitätssicherung dienen und wir freuen uns über diese Weiterentwicklung, die die Maßnahmenwirksamkeit erhöhen soll.

Kommunale Steuerungsmöglichkeiten in der Bildungspolitik, wie etwa MAUS oder der Quadratkilometer Bildung sind für uns richtige Instrumente, um als Kommune zu agieren und Herausforderungen zu meistern. MAUS kooperiert mit den städtischen Bildungspartnern der Abendakademie, der Stadtbibliothek und der Musikschule sowie des Jugendamts und wir wollen die inhaltliche Weiterentwicklung begleiten.

Stadtentwicklung und Bildungspolitik sind eng miteinander verbunden. Das gilt insbesondere für die Stadtbibliothek Mannheim. Kaum ein anderer Ort und kaum ein anderes Angebot in der Stadt Mannheim finden einen vergleichbaren gesellschaftlichen Zuspruch. Kinder und Jugendliche, Studentinnen und Studenten, aber auch Familien und Seniorinnen und Senioren besuchen die Stadtbibliothek. Mehr als 900.000 Nutzerinnen und Nutzer sowie rund 49.000 Gäste bei über 2.700 Veranstaltungen im Jahr sprechen für sich. Gleichzeitig führt eine veränderte Mediennutzung zu neuen Anforderungen an eine Bibliothek der Zukunft.

Deshalb machen wir uns weiterhin für einen Neubau der Stadtbibliothek stark und sehen angesichts des Entwicklungspotentials auf der südlichen Platzhälfte des Alten Messplatzes in der Neckarstadt eine optimale Gelegenheit, eine Machbarkeitsstudie zur Verwirklichung eines solchen Bauprojektes in Auftrag zu geben.

Inklusion

Das 2006 von der UN-Vollversammlung verabschiedete Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (sogenannte Behindertenrechtskonvention) ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen konkretisiert, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. In Deutschland trat diese Konvention 2009 in Kraft. Mittlerweile ist das Thema Inklusion in der Mitte der Stadtgesellschaft angekommen. Dabei geht es um mehr, als um den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden. Inklusion umfasst viele Behinderungen: körperliche Beeinträchtigungen wie Sehbehinderung, Hörschädigung, Gehbehinderungen, aber auch seelische Behinderungen, wie Depression, Autismus, um nur einige zu nennen.

In unseren Schulen finden wir viele Formen gelebter Inklusion, die mal mehr, mal weniger gut laufen. Lehrer/innen und Schüler/innen müssen sich auf neue Formen des Lernens und des Zusammenlebens einstellen, Unterricht, Unterrichtsräume und Unterrichtsbegleitung müssen grundlegend neu strukturiert werden. Das erfordert von allen viel Geduld und guten Willen. Das alleine aber reicht nicht. Es bedarf großer Professionalität, um möglichst allen gerecht zu werden. Aber nicht nur Schulen stellen sich dieser Herausforderung. Gemeinsam mit den Sozialverbänden versuchen wir, für jeden Menschen die beste Form des Wohnens und Lebens zu finden, ob in betreuten Unterkünften, in betreutem Wohnen oder mit einem persönlichen Budget, um passgenau die Hilfen einzukaufen, die als Ergänzung eines selbstständigen Lebens benötigt werden. Auch der Arbeitsmarkt stellt sich, zum Glück, immer mehr der Herausforderung. Bisher sind es vor allem die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die Stadtverwaltung, die inklusive Arbeitsplätze schaffen und anbieten.

Ausbau der Kleinkindbetreuung

Es war eine große Leistung, dass wir seit 2008 mit dem Krippenausbauprogramm dank enormer finanzieller und personeller Anstrengungen gemeinsam mit den freien Trägern nun am Ende des Jahres 2013 auf eine Betreuungsquote von 36 Prozent kommen. Allein dafür haben wir über 54 Millionen Euro investiert und 93 neue Krippengruppen geschaffen, was letztlich 935 zusätzliche Betreuungsplätze ausmacht.

Für uns ist klar, dass wir in unseren Anstrengungen, Betreuungsplätze für Kinder zu schaffen, nicht nachlassen dürfen. Denn der Bedarf wird weiterhin steigen und wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst meinen, müssen wir weiter ausbauen und mehr Ganztagsplätze schaffen. Über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung streben wir daher eine 40-prozentige Betreuungsquote im Kleinkindbereich an.

Dazu müssen wir auch unsere Bemühungen, mehr Fachkräfte zu gewinnen, fortsetzen. Deshalb wollen wir der Empfehlung der Schulentwicklungskommission für die beruflichen Schulen folgen und für die Anmietung zusätzlicher Räume ca. 100.000 Euro in den Haushalt einstellen, damit die Erzieher/innenausbildung im bisherigen Umfang weitergehen bzw. ab 2015 sogar um eine weitere Klasse ausgebaut werden kann. Denn dies ist eine Stellschraube, die wir als Kommune zur Lösung des Fachkräftemangels drehen können und als solche müssen wir sie auch nutzen.

Wir möchten den Attraktivitätsfonds für Erzieherinnen und Erzieher evaluieren und als einen Masterplan für die Erzieher/innengewinnung fortschreiben. Außerdem regen wir an, dass der Personalrat bei der Erstellung der Angebote zur Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher intensiv mit einbezogen wird.

Wenn auf einer Konversionsfläche ein neuer Stadtteil entsteht, ist es klar, dass die Situation der Kinderbetreuung mitgedacht werden muss. Es ist uns wichtig, dass dabei räumlich eng

beieinander liegende Strukturen geschaffen werden, die für die Kinder die Übergänge zwischen den verschiedenen Institutionen, wie etwa zwischen verschiedenen Schulen, einfacher werden lassen.

Fachkräfte gewinnen durch internationale Bildungsangebote

Ein guter Anfang für internationale Bildungsangebote könnte mit einer europäischen Schule auf dem Gelände der Taylor-Kaserne gelingen. Die Überlegungen zur europäischen Schule, die teilweise weit fortgeschritten sind, unterstützen wir. Schließlich ist Mannheim als Oberzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar ein starker Wirtschaftsstandort. Der Wettbewerb um Fachkräfte hat schon lange eine internationale Dimension angenommen. Wir brauchen in unserer Stadt bilinguale und internationale Bildungskonzepte. Beachten müssen wir jedoch auch, dass in einem solchen Wettbewerb internationaler Dimension die Kommune diese Aufgabe nicht alleine stemmen kann. Gerade die größeren und zum Teil weltweit agierenden Unternehmen sind hier gefragt, Verantwortung zu übernehmen.

Insbesondere für internationale Führungskräfte ist die Frage nach der Betreuung und Bildung ihrer Kinder ein zentrales Moment für die Entscheidung, nach Mannheim zu ziehen. Jedoch haben sie natürlich nicht nur Kinder im Schulalter, sondern auch im Kindergartenalter. Deshalb begrüßen wir Überlegungen, einen internationalen Kindergarten in Mannheim einzuführen. Auch an dieser Stelle freuen wir uns auf die Kooperation mit den interessierten Unternehmen.

„Von der Kindertagesstätte zum Familienzentrum“

Weil wir wissen, dass die Eltern-Kind-Zentren in Mannheim ein Erfolgsmodell sind und wir davon überzeugt sind, dass sie der richtige Weg sind, den veränderten Anforderungen der Familien gerecht zu werden, wollen wir weitere Eltern-Kind-Zentren in Mannheim schaffen.

Auch bei den Eltern-Kind-Zentren gilt wie bei vielen anderen Aspekten das Motto: „Es geht nicht darum, mehr zu tun, sondern die Dinge anders zu tun“, wie es Generalvikar Dr. Franz Jung bei einer Fachtagung des Bistums Speyer und des Caritasverbands über die Zukunft der Kinderbetreuung formulierte. Es geht darum zu fragen, wie wir die Kindertagesstätten so weiterentwickeln können, dass sie auch in Zukunft den veränderten Anforderungen der Eltern gerecht werden. Hierzu können beispielsweise gerade die Integration in den Sozialraum und ein niedrigschwelliges Angebot vor Ort eine wichtige Rolle spielen.

Aus der Auswertung des Programms „Willkommen im Leben“ wissen wir, dass Unterstützungsbedarf da ist. Auffällig war vor allem, dass der Unterstützungsbedarf im Sozialraumtyp 3 höher ist als der in den Sozialräumen 4 und 5. Erklärbar ist dies durch die bereits bestehenden Hilfsangebote in diesen Sozialräumen und die gute Arbeit, die dort geleistet wird. Wir sehen einen Handlungsbedarf vor allem im Sozialraum 3 und wollen deshalb einen Ausbau der Eltern-Kind-Zentren. Zur besseren Einordnung: Hierbei geht es um die Stadtteile Schwetzingenstadt, Käfertal oder Vogelstang.

CHANCEN FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT NUTZEN



Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit

Ausbildungsoffensive der Stadtverwaltung

Aufgaben in städtischer Hand behalten

Gesundheitsmanagement und Personalbericht

Trotz einer erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenquote dürfen wir nicht nachlassen bei den Bemühungen um chancengerechte Teilhabe durch Arbeit. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es uns dabei um Teilhabe an unserer Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzung.

Arbeitsmarkt für alle Menschen

Mannheim zeichnet sich insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus. Die Jugendarbeitslosigkeit im SGB II liegt seit mehreren Jahren unter einem Prozent. Auch haben die Jobbörsen vor Ort in den Stadtteilen Langzeitarbeitslose erfolgreich vermittelt.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklungen in Mannheim dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass weitere erhebliche Anstrengungen zur Integration der Menschen in den ersten Arbeitsmarkt unternommen werden müssen. Wir wollen daher alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen, um gerade auch Menschen mit Vermittlungshemmnissen einen Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung zu ermöglichen. Deshalb wollen wir auch versuchen, die Bürgerarbeitsplätze auf dem Karlstern und in den Stadtteilservices zu erhalten.

Seit 2011 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose in Mannheim auf 13 Millionen Euro sage und schreibe halbiert! Dies ist aus sozialdemokratischer Sicht völlig am Ziel vorbeigeschossen. Anstatt den Menschen zu helfen, damit diese sich ein Leben mit einer eigenen sozialversicherungspflichtigen Arbeit aufbauen können, schiebt man sie weiter ins Abseits. Wir erwarten an dieser Stelle Abhilfe der künftigen Bundesregierung.

Aufgaben in städtischer Hand behalten!

Wir sind froh, in Mannheim gerade durch verantwortungsvolle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür gesorgt zu haben, dass beispielsweise die Abfallwirtschaft, die Wohnungsbaugesellschaft oder unser Energieversorger MVV in städtischer Hand geblieben sind. Aktuell ist gerade am Wohnungsmarkt zu sehen, wie wertvoll ein kommunales Wohnungsbauunternehmen wie die GBG für uns ist. Wäre es nach dem Willen von CDU, FDP oder der ML gegangen, hätten wir diese Steuerungsmöglichkeit längst nicht mehr in der Hand. Deshalb bleibt die SPD verlässlich: Mit uns wird es keinen Ausverkauf des städtischen Vermögens geben, um etwaige kurzfristig gedachte Interessen zu befriedigen. Augenmaß und Weitblick sind bei diesen Themen auch weiterhin gefragt.

Gute Arbeit will gut bezahlt werden

Trotz der scheinbar guten Arbeitslosenstatistik und wohlklingenden Wirtschaftsdaten kann der Schein trügen: Der Niedriglohnbereich hat sich in Deutschland in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Mehr als jede fünfte Person ist darin beschäftigt. Deshalb kann nur der Satz der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelten: „Gut ist, was gute Arbeit schafft!“ Geringe Löhne, die nicht zum Leben reichen, führen zu Ausgrenzung und Spaltung unserer Stadtgesellschaft. Das wollen wir nicht. Deshalb setzen wir in einem ersten Schritt auf einen bundesweiten gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Hier erhoffen wir uns endlich einen Durchbruch in einer neuen Bundesregierung.

Auf Landesebene war das Tariftreuegesetz der grün-roten Landesregierung ein wichtiger Schritt, um Gute Arbeit auch gut zu bezahlen. Jedoch kann das beste Gesetz nicht helfen, wenn es nicht vernünftig umgesetzt und seine Einhaltung kontrolliert werden kann. Deshalb sind wir in Kooperation mit den Gewerkschaften daran interessiert, neue Wege zu finden, wie Vorschriften eingehalten werden können.

Auch viele Betriebe in unserer Stadt sind von der weltweiten Konjunktur abhängig, da sie stark auf den Export konzentriert sind. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass in einer eher guten Konjunkturphase die Unternehmen nun auch ihren angemessenen Beitrag leisten, damit Bund, Land und Kommunen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Nur auf diese Weise können wir in der Lage sein, auch in schlechteren Zeiten mit Kurzarbeiterregelungen und Konjunkturprogrammen zu helfen. Übrigens wäre der derzeitige wirtschaftliche Erfolg ohne die konstruktive Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Geschäftsführungen und Betriebsräten nicht möglich gewesen.

Ein wichtiges Thema für uns sind die Beschreibungen der Sekretariatsstellen an Mannheimer Schulen. Hier gibt es ausweislich einer aktuellen Informationsvorlage Handlungsbedarf. Gemeinsam mit Verwaltung und Personalräten möchten wir es schaffen, Gute Arbeit zu ermöglichen.

Besondere Verantwortung der Stadt Mannheim

Die von Oberbürgermeister Dr. Kurz unmittelbar nach seinem Amtsantritt gestartete deutliche Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots bei der Stadt Mannheim muss auch in den nächsten Jahren beibehalten werden – nicht nur wegen der Vorbildfunktion der Stadtverwaltung, sondern in unserem ureigenen Interesse angesichts der Altersstruktur der Beschäftigten bei der Stadtverwaltung. Ein gutes Beispiel dafür ist die PiA-Ausbildungsoffensive.

Wir unterstützen ausdrücklich das Bestreben unseres Oberbürgermeisters, mit gezielter Personalauswahl darauf hin zu arbeiten, dass sich der Anteil unserer Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund auch in der Personalstruktur im Öffentlichen Dienst widerspiegelt. Gemeinsam mit der Verwaltung möchten wir noch schneller dieses Ziel erreichen. Zudem ist es auch wichtig, in die interkulturelle Kompetenz unserer Verwaltungsmitarbeiter zu investieren.

In der gesamten Stadtverwaltung unterstützen wir die verstärkten Anstrengungen zur Weiterbildung und Qualifizierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im vergangenen Jahr hat die städtische Verwaltung erstmals einen umfassenden Personalbericht vorgelegt. Dadurch wird Transparenz ermöglicht und aufgezeigt, wie es genau um den Personalstand bei der Stadt Mannheim bestellt ist.

Zugleich begrüßen wir sehr, dass die städtische Verwaltung das Gesundheitsmanagement für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht. Gerade in Zeiten des Wettbewerbs mit anderen Städten und Gemeinden ist dies ein wichtiger Pluspunkt für die Stadt.

Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Beschäftigten und Personalrätinnen und Personalräten für die konstruktive Mitwirkung an den notwendigen Veränderungsprozessen.

SOZIAL LEBEN UND WOHNEN



Neues Mannheimer Wohnungsmodell

Stadtentwicklung durch Integration

Unterkunft für Kriegsflüchtlinge

Fortentwicklung für Sozialticket

Stadtentwicklung durch Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland und Mannheim ist seit seiner Gründung eine Stadt, in der Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und Kulturen leben und arbeiten. Die Wertschätzung und Integration anderer Kulturen und Religionen sind fester Bestandteil unserer Geschichte; Toleranz und Offenheit ihre herausragenden Merkmale. Auch in der jüngeren Stadtgeschichte war die Bevölkerung in Bewegung. In den 60er Jahren wurden von den großen Mannheimer Industriebetrieben Arbeitskräfte angefordert. Zu uns kamen Menschen, mit ihren Familien, Hoffnungen, Träumen und Wünschen. Viele sind geblieben. Diese sogenannten Gastarbeiter haben unsere Stadt und unseren Wohlstand mit aufgebaut. Wir sind stolz auf Ihre Leistungen.

Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung setzt eine klare Haltung gegen Intoleranz voraus. Integration gelingt nur dort, wo Gewalt, Fanatismus und Ignoranz konsequent der Boden entzogen wird. Wir sehen uns hier in einer engen Partnerschaft mit den Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen. Wir verfolgen eine nachhaltige Integrationspolitik, die auf ein Zusammenwachsen der Mannheimer Stadtgesellschaft setzt. Einen wichtigen Beitrag leistet hierzu der Migrationsbeirat der Stadt Mannheim. Erstmals stellen wir so eine breite und dauerhafte Beteiligung der verschiedenen Gruppen sicher und bilden ihre vielfältigen Aktivitäten, ihr Engagement und ihre Interessen angemessen ab.

Vor diesem Hintergrund war uns auch die Ausweitung der Trägerpluralität ein wichtiges Anliegen. Die Anerkennung eines muslimischen Vereins als freier Träger der Jugendhilfe haben wir stets befürwortet. Bald schon werden die Tore eines Kindergartens in muslimischer Trägerschaft für alle Mannheimer Kinder öffnen. Dass dieses Angebot in einer engen Kooperation mit einer städtischen Krippe unter Begleitung eines Fachbeirats zustande kommt, ist auch das Ergebnis eines langfristigen auf Konsens und gelingende Integration angelegten Handelns der SPD-Gemeinderatsfraktion. Die Einbeziehung des

Migrationsbeirats im Sinne Sachkundiger Einwohner ist für uns ein geeignetes Mittel zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.

Gelingende Integrationspolitik heißt aber auch Schritt für Schritt strukturelle Benachteiligungen abbauen. Deshalb hat die SPD-Gemeinderatsfraktion die Verwaltung beauftragt, einen „Entwicklungsplan für Bildung und Integration“ zu erstellen, um die signifikante Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte abzubauen und um Mannheim zu einem Vorbild für gerechte Bildungspolitik zu machen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hält an ihrer Initiative fest, durch die Bündelung und Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen einen Stadtteil genau unter die Lupe zu nehmen, um neue Weichen in der Integrationspolitik zu stellen. Neben den Stadtteilen Jungbusch und Neckarstadt kommen aus unserer Sicht auch Konversionsflächen wie Benjamin-Franklin-Village oder periphere Stadtteile wie die Hochstätt in Frage.

Aktuelle Zuwanderung aus Südosteuropa

Große Herausforderungen kamen und kommen auf unsere Stadt zu. Da ist zunächst die Zuwanderung aus unseren EU Mitgliedsstaaten wie Bulgarien und Rumänien. Wir sind zuversichtlich, dass wir im Geiste unserer Stadtgründung und aufbauend auf der Integrationsleistung früherer Generationen auch diese aktuelle Herausforderung meistern werden. Deshalb ist es uns ein großes Anliegen, dass beispielsweise der gestartete Integrationsfonds sowie das Quartiermanagement in den Stadtteilen fortgeführt werden.

Doch damit dies gelingen kann, bedarf es eines Bündels von Maßnahmen, die sowohl ordnungspolitisch aber vor allem auch sozialpolitisch sicherstellen, dass weder die bereits hier ansässige Bewohnerschaft noch die Zuwanderinnen und Zuwanderer sich in einem rechtsfreien Raum wähnen.

Wir müssen denen das Handwerk legen, die an der Not dieser Zuwanderer verdienen wollen: Die Besitzer der heruntergekommen Häuser, die Menschen in viel zu großer Zahl menschenunwürdig in diesen Räumen unterbringen, die Firmen, die am Arbeiterstrich die Menschen abholen und sie zu einem Preis arbeiten lassen, den man auch bei aller Großzügigkeit nicht als Lohn bezeichnen kann. Die sogenannten Vermittler und Begleiter, die versuchen, durch ihre falsche und betrügerische Beratung am Elend dieser Menschen noch zu verdienen und schließlich die Freier, die gewissenlos die Not der Frauen auf erniedrigende Art und Weise für ihre Befriedigung ausbeuten.

Unser Dank gilt unseren Mitarbeiter/innen, die Strukturen schaffen, um den Menschen, und damit unserer Stadt, auch wirklich helfen zu können und der Beratungsstelle für Prostituierte „Amalie“, die sich um die Frauen kümmert und versucht, ihnen wieder ein Stück ihrer Würde zurück zu geben.

Die erste Aufgabe wird es sein, die Zuwanderinnen und Zuwanderer in menschenwürdigen Wohnungen unter zu bringen, ohne dass dabei ein Stadtteil unter der Last der Neubürgerinnen und Neubürger zu zerbrechen droht. Es gilt aber auch, sich den Zuwanderinnen und Zuwanderern ganz direkt und individuell zuzuwenden. Mit der Beratung über Chancen und Möglichkeiten in unserer Stadt, über Bildung und Ausbildung und Anerkennung der schon vorhandenen Abschlüsse. Denn es muss unsere Hauptaufgabe sein, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

Wichtig sind aber auch die Rückführungsberatung und Unterstützung bei der Rückkehr für Menschen, die hier nicht Fuß fassen können oder wollen. Dies beginnt mit einer Beratung hier bei uns, über die Beschaffung einer Möglichkeit zur Rückfahrt und manchmal bis hin zu einer minimalen Ausstattung, um sich im Heimatland vielleicht mit einem kleinen Betrieb eine Existenzgrundlage aufbauen zu können.

Wir betrachten die derzeitige Zuwanderung in unserer Stadt als eine große, gewiss nicht einfache Herausforderung, wissen aber auch, dass sie eine Chance sein kann, gerade vor dem Hintergrund unseres Fachkräftemangels und der demographischen Entwicklung.

Die Verwaltung fordern wir auf, sich weiter wie bisher über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Strukturen der Verwaltung in den neuen EU-Staaten so aufgebaut werden, dass Minderheiten in diesen Staaten integriert werden können und die Menschen dort die Chance auf ein menschenwürdiges Leben haben. An die Adresse der Europäischen Union wenden wir uns zusammen mit dem Deutschen Städtetag mit dem Appell, die Neustaaten so zu begleiten und zu stabilisieren, dass es den Menschen in ihrer Heimat nach dem Beitritt ökonomisch besser geht als vor dem Beitritt. Es kann nicht sein, dass der einzige Vorteil der EU-Zugehörigkeit die Reisefreiheit in die „alten“ EU Länder ist.

Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber

Mit dem Krieg in Syrien und der massenhaften Flucht aus diesem Land werden auch in Mannheim wieder mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber erwartet als in den vergangenen Jahren. Es ist die Grundlage unserer Verfassung, dass wir diese Menschen bei uns aufnehmen und sie menschenwürdig unterbringen. Das ist nach unserer Einschätzung in unserer Asylbewerberunterkunft in der Pyramidenstraße nicht möglich. Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, die Menschen aus der Unterkunft und die neuen Flüchtlinge dezentral in der Stadt unter zu bringen. Darunter verstehen wir nicht einen Wohnblock für alle, sondern Wohnungen über das Stadtgebiet verteilt. Das dient ganz sicherlich auch der schnelleren Integration. Wir wissen selbstverständlich auch, dass es für einen kleinen Teil der Flüchtlinge zwingend notwendig sein wird, eine kleine Sammelunterkunft zu finden, die beide, Eingewanderte und Stadtgesellschaft, schützt und beschützt.

Zugleich steht es außer Frage, dass die Stadt Mannheim, wie alle anderen Kommunen auch, mit der Zuwanderung beispielsweise aus Kriegsgebieten überfordert ist. Hier ist gerade der

Bund aufgefordert, den Städten und Gemeinden unter die Arme zu greifen. Wir hoffen, dass auch unser Bundespräsident durch seinen Besuch hier in Mannheim ein realistisches Bild der Lage erhalten hat und auf die neue Bundesregierung entsprechend einwirkt.

„Save me“ und allen anderen Hilfsorganisationen sagen wir an dieser Stelle Dank, dass sie seit Jahren ein, im positiven Sinne, unbequemer und engagierter Begleiter der Flüchtlinge, der Politik und der Verwaltung sind.

Sozialpsychiatrische Dienste erhalten

Eine Stadt misst man nicht nur daran, welche wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge sie hat. Für uns ist auch wichtig, wie sie mit den Menschen umgeht, die auf ihre Hilfe angewiesen sind. Auf ganz besondere Hilfe sind Menschen mit psychischen Problemen angewiesen.

Die Eröffnung der Woche der seelischen Gesundheit hatte die Überschrift „Arbeit kann krank machen, keine Arbeit aber auch“. Hier haben sich große Betriebe der Metropolregion zu ihrer Verantwortung für Menschen mit seelischer Behinderung bekannt und ihre Arbeitsplatzangebote vorgestellt. Unser Dank gilt an dieser Stelle dem Sozialpsychiatrischen Dienst, der Mannheimer Initiative von Psychiatrieerfahrenen und den beteiligten Unternehmen für ihr Engagement und ihre Angebote.

Insgesamt stehen mehr als 53 Millionen Euro für die „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ im Haushaltsentwurf allein für das Jahr 2014 zur Verfügung und es ist damit der größte Posten im gesamten Sozialhaushalt. Für die wichtigste Aufgabe der Inklusion bedarf es aber nur wenig Geld: Nämlich die Bereitschaft der Stadtgesellschaft, die Menschen aufzunehmen, damit sie mittendrin stehen und nicht nur daneben.

Für uns ist dabei ein wichtiger Gedanke: Wir müssen unsere Behindertenangebote öffnen für Menschen ohne Behinderungen. Der Regenbogenkindergarten macht es uns seit langem

erfolgreich vor und wir freuen uns, dass die Lebenshilfe mit dem Don Bosco Kindergarten vor kurzem ein Angebot in einem kleinen Stadtteil (Suebenheim) übernommen hat und es inklusiv für alle öffnet.

Neues Mannheimer Wohnungsmodell

Seit ihrem Bestehen setzt sich die SPD-Gemeinderatsfraktion kontinuierlich dafür ein, dass wir eine ausgewogene Mischung von Wohnungen und Wohngebieten haben, um so den Bedürfnissen aller Mannheimerinnen und Mannheimer zu entsprechen. Seit einigen Jahren verzeichnen wir auch in Mannheim steigende Mieten, insbesondere bei der Neuvermietung. Zwar ist bei uns die Situation auf dem Wohnungsmarkt lange nicht so dramatisch wie etwa in München oder Hamburg. Dennoch haben gerade kleine Haushalte mit geringerem Einkommen zunehmend Schwierigkeiten, passende und bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt zu finden. Ähnliches gilt auch für Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern.

Vor diesem Hintergrund tritt die SPD-Gemeinderatsfraktion ein für ein „Mannheimer Wohnungsmodell“, das sowohl den Erwerb von Wohneigentum als auch Wohnungsmieten gerade für Mannheimer Haushalte mit mittleren Einkommen und Familien mit Kindern zu erschwinglichen Preisen vorsieht.

Der Erwerb einer geförderten Immobilie, vorwiegend auf städtischen Grundstücken, muss mit der Auflage verbunden sein, dass das Wohneigentum mindestens 20 Jahre selbst genutzt und nicht verkauft werden darf. Dieses Angebot soll sich an Haushalte richten, die seit mindestens drei Jahren ihren Hauptwohnsitz oder als Pendler ihren Arbeitsplatz in Mannheim haben und deren Haushaltseinkommen bestimmte Obergrenzen nicht übersteigt. Für Familien mit Kindern sind Freibeträge zu berücksichtigen.

Zweites Standbein dieses Mannheimer Wohnungsmodells soll ein „Bündnis für Wohnen“ zwischen der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft und privaten Investoren sein mit dem Ziel, beim Wohnungsneubau mindestens 30 Prozent geförderte mietpreisgebundene Wohnungen vorzusehen. Mieterhöhungen orientieren sich dabei am örtlichen Mietspiegel und sollen auf maximal zehn Prozent in drei Jahren begrenzt werden.

Zukünftige Vergaben bzw. Verkäufe von städtischen Grundstücken sollen über das Prinzip „Konzeptausschreibung“ definiert werden. Nicht nur der Preis, sondern das wohnungspolitische und städtebauliche Konzept sowie energetische Standards bestimmen über die Vergabe bzw. über den Verkauf eines städtischen Grundstücks.

Gerade die zukünftigen Wohnungsbauaktivitäten auf den Konversionsflächen – hier vor allem auf dem Gelände des Benjamin-Franklin-Village – stehen im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Wir wollen erreichen, dass wir auf Benjamin-Franklin „Mannheim im Kleinen“ abbilden, eine moderne, urbane Mischung von verschiedenen Wohnformen und Ausstattungsniveaus. Deshalb sollen die oben genannten Anforderungen auch für alle städtischen Gesellschaften – also auch für die GBG und ihre Tochter MWSP – und mögliche private Investoren für Wohnungsneubaumaßnahmen auf Konversionsfläche gelten.

Auch „neue“ Genossenschaftsformen, wie sie sich in Mannheim bereits gegründet haben, sollen dabei – wie bereits jetzt auf der Konversionsfläche Turley geschehen – Berücksichtigung finden.

Neben dem Wohnungsneubau muss auch weiterhin die Wohnungsmodernisierung vorangetrieben werden. Hier spielt unsere eigene städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG eine wichtige Rolle. Viele der ca. 20.000 Wohnungen der GBG wurden in den letzten Jahren instandgesetzt bzw. modernisiert. Allein im Jahre 2012 wurden dafür von der GBG ca. 56 Millionen Euro in den Wohnungsbestand investiert. Trotz grundlegender Modernisierungen wurden die Mietpreise nur moderat erhöht. Diese Politik muss auch in den nächsten Jahren

fortgesetzt werden. Als Beispiel sei hier verwiesen auf die bevorstehende Sanierung bzw. Modernisierung von ca. 200 Wohnungen in der Untermühlaustraße in der Neckarstadt-West.

Sozialticket

Mit dem Sozialticket ist es uns im letzten Doppelhaushalt erstmals seit Jahren wieder gelungen, ein Angebot für Menschen im Hilfebezug zu unterbreiten. Die verbilligten Fahrten mit dem Öffentlichen Nahverkehr haben vielen Menschen am Rande unserer Gesellschaft wieder ein kleines Stück Lebensqualität und Teilhabe zurückgegeben.

Wir haben mit Freude festgestellt, dass dieses Angebot im Haushalt fortgeschrieben wurde. So sehr wir das auch begrüßen, lassen wir aber auch nicht locker mit unserer Forderung, dass es ein Angebot des Verkehrsverbundes geben muss, der eine verbilligte Fahrkarte für Menschen im Hilfebezug anbietet, ohne dass die Stadt dies allein gegenfinanziert. Es ist gesellschaftspolitisch auf Dauer nicht mehr vermittelbar, dass alle Menschen ab 60, unabhängig von ihrem Einkommen, eine von allen Fahrgästen subventionierte Monatskarte für den gesamten Verkehrsverbund für 32 Euro erwerben können, dass aber bei verbilligten Fahrkarten für Menschen in der Grundsicherung oder im ALG II-Bezug denjenigen Städten, die dies anbieten möchten, eine Abrechnung auf der höchsten Preisstufe, nämlich als Einzelfahrschein, präsentiert wird. Wir wissen uns inzwischen mit vielen Kommunen im Verbund einig über diese Forderung und werden weiter beharrlich daran weiter arbeiten, diese Forderung auch durchzusetzen.

Der Familienpass Plus hat sich zum gleichen Erfolgsmodell entwickelt, wie der Familienpass. Es war richtig, im letzten Haushalt dafür einen Ansatz zu wählen, trotz der Ankündigung des Bildungs- und Teilhabepakets durch den Bund. Es hat noch lange gedauert, bis es beschlossen war und bis es vor Ort umgesetzt werden konnte. Vielen Kindern wurde damit schnell und unbürokratisch der Erwerb des MAXX Tickets ermöglicht. Im neuen Haushalt wird dieses nun durch das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert.

DER WANDEL HAT VIELE FACETTEN



Konversion und Bundesgartenschau

Gute Straßen, Brücken und Plätze

Vorfahrt fürs Radfahren

Investitionen für unsere Feuerwehr

Konversion und Bundesgartenschau

Wir haben in Mannheim die Krise des industriellen Strukturwandels seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfolgreich genutzt, um uns neu aufzustellen. Wir sind heute stärker denn je das Industrie- und Dienstleistungszentrum der Metropolregion Rhein-Neckar. Und nun wollen wir die Herausforderungen der kommenden Jahre, insbesondere die Konversion, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt angehen. Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und der beschlossenen Energiewende orientieren wir uns dabei an den Kriterien einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir wollen einen großen Grünzug mit einer Frischluftschneise realisieren, wir wollen moderne ökologische Wohnangebote unterbreiten und wir wollen insbesondere gemeinsam mit innovativen Unternehmen neue Formen von Produktion, Dienstleistung, Handel und Transport entwickeln, die mit weniger Emissionen auch künftig die Grundlage unseres Wohlstandes erwirtschaften.

Folgende Passage aus meiner letzten Haushaltsrede möchte ich gerne unverändert wiederholen, da sie weiterhin uneingeschränkte Gültigkeit hat: „Unsere umfassend angelegte Bürgerbeteiligung zur Konversion ist beispielhaft und wir möchten uns daher an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Zum einen danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Konzeption, Durchführung und Auswertung der zahlreichen Bürger- und Expertenrunden, der Exkursionen und Fachgespräche. Und zum anderen bedanken wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern für die große Beteiligung und das enorme Engagement all der Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Wenn wir uns diese Form des Miteinanders in den kommenden Jahren erhalten, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir hier in Mannheim auch schwierige Phasen und mögliche Rückschläge auf unserem gemeinsamen Weg ins Neuland bewältigen werden.“

Aus den zahlreichen Anregungen und Ideen der Bürgerschaft gilt es nun Schritt für Schritt konkrete Projekte anzugehen und die ersten Erfolge, etwa auf Turley und Taylor,

auszubauen und zu sichern. Für die nun folgenden Projekte wie Hammonds und insbesondere für unsere Herkulesaufgabe Benjamin-Franklin benötigen wir Mut, Ausdauer und Zutrauen in uns selbst und vor allem in diejenigen, die als Investoren und als Bewohnerinnen und Bewohner neu von außen zu uns kommen. Denn nur mit großer Offenheit und einem Grundoptimismus in das Gelingen ist es möglich, diese einzigartige Herausforderung als Chance für unsere Stadtentwicklung zu nutzen.

Wir wollen neben neuartigen Wohnformen in enger Verzahnung mit Sport- und Freizeiteinrichtungen auch zukunftsweisende Bildungs- und Forschungseinrichtungen ansiedeln, in enger Anbindung an unsere Technologiecluster und unsere vorhandene Industriestruktur. Und bei all diesen Nutzungen sollen ökologische Fragestellungen besondere Beachtung finden. Also neben dem Grünzug mit Wasserflächen und Frischluftschneisen auch neue Antriebstechniken, Prozess- und Produktionstechnologie sowie Energiespeichersysteme. Das Ziel kann die Entwicklung eines regionalen Clusters für „Green Technology“ sein.

Ebenfalls im Dialog mit der Bürgerschaft wurde die Idee entwickelt, Flächen und Bestände der Konversion als kulturelle Gestaltungsräume zu nutzen - mit einer Mischung aus klassischen Kulturformen wie Theater und Museen, aus experimentellen Formen wie Ateliers und Produktionsstätten für die Kreativwirtschaft. Auch hierzu gibt es inzwischen für Taylor erste Vereinbarungen mit Investoren.

Entscheidend wird im weiteren Verlauf sein, dass wir all unsere Schritte mit den Bürgerinnen und Bürgern abstimmen, sie bestmöglich informieren und in allen Phasen des Prozesses beteiligen. Darauf achten wir. Wir wollen daher den eingeschlagenen Weg der Bürgerbeteiligung konsequent weitergehen – gemeinsam mit den Arbeitskreisen der Bürgerschaft sowie den Zukunfts- und Soziallotsen.

Das eben Gesagte gilt selbstverständlich auch für die anstehenden Planungen und Entscheidungen auf unserem weiteren Weg zur Bundesgartenschau im Jahr 2023. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin durchaus stolz darauf, dass meine Ausführungen, die ich bereits vor zwei Jahren in meiner Haushaltsrede und damit öffentlich zur Bundesgartenschau gemacht habe, nach wie vor ihre Gültigkeit haben. Ich möchte Ihnen auch diese nicht vorenthalten und damit zum wiederholten Male öffentlich den Beweis liefern, dass dieses Projekt weder bisher noch künftig in irgendwelchen Geheimgremien hinter verschlossenen Türen beraten wird, sondern dass es wie kein anderes Projekt öffentlich entwickelt wird.

Hier also ein Auszug meiner Rede vom 22. November 2011: *„Zur Unterstützung bei der Umsetzung der Ideen und Visionen für die über 500 Hektar Neuland in Mannheim haben wir ... die Idee einer Bundesgartenschau entwickelt... Eine Bundesgartenschau kann uns helfen und macht nur dann Sinn, wenn wir dadurch die enormen Aufgaben der Stadtentwicklung auf den ehemaligen Militärflächen besser und schneller bewältigen können.“* Und weiter *„Wir wollen mit einer Bundesgartenschau die aktive Renaturierung ... der Konversionsflächen betreiben und ein zeitgemäßes Naturverständnis verwirklichen. Anknüpfend an bereits vorhandene Konzepte wie „blau-Mannheim-blau“ wollen wir am Wasser neue Wohnformen ... ermöglichen. ... Um unseren bestehenden Mangel an hochwertigen Wohnangeboten zu beheben, entwickeln wir auf geeigneten Konversionsflächen behutsam die Ortsränder...“*

Gestatten Sie mir aus aktuellem Anlass einige Bemerkungen zu den beiden Themenfeldern Verkehrsführung und Finanzierung.

Zunächst möchte ich zu der von einigen BUGA-Gegnerinnen und BUGA-Gegnern inszenierten Diskussion um ein angeblich nicht veröffentlichtes Verkehrsgutachten daran erinnern, dass seit dem im Januar 2013 maßgeblich von der SPD herbeigeführten Kompromiss der drei großen Gemeinderatsfraktionen zur BUGA folgende Eckpunkte für die Straße „Am Aubuckel“ klar sind: Entweder sie wird Teil des BUGA-Geländes und kann so gestaltet werden, dass sie weniger Hindernis, sondern Gestaltungsteil wird oder aber sie

wird an die Bahntrasse verlegt. Diese Varianten habe ich in mehreren öffentlichen Veranstaltungen ganz offen erläutert, in Schaubildern gezeigt und zur Diskussion gestellt. Und ich habe darauf hingewiesen, dass wir eben nur mit einer BUGA definitiv bis 2023 hier zu einer Lösung kommen werden. Denn die heutige Straße ist in jedem Fall ein Hindernis und kann so nicht bleiben, jedenfalls dann, wenn wir einen durchgehenden Grünzug wollen, wovon ich bisher bei allen ausgegangen bin.

Und das weitere Vorgehen ist doch klar: Die Planungsgruppen erarbeiten Hinweise für den Ideenwettbewerb zur BUGA, dann schreibt der Gemeinderat den Ideenwettbewerb aus und wenn wir dessen Ergebnisse haben, werden wir sehen, ob es für die Variante A (Umgestaltung innerhalb des BUGA-Geländes) gute Vorschläge gibt. Und parallel dazu erhalten wir ein vertieftes Verkehrsgutachten zur Variante B (Verlegung an die Bahntrasse). Und dann benötigen wir für auf diese beiden Varianten genaue Kostenschätzungen, um zu sehen, was im Rahmen des vorgesehenen BUGA-Budgets machbar ist. Es bleibt also dabei: Der Gemeinderat wird die künftige Straßenführung nach Vorliegen von vertieften Planungen für beide Varianten entscheiden und dabei die berechtigten Anliegen der Betroffenen angemessen berücksichtigen – das haben wir bisher immer so gehalten und auf diese Zusage, die ich in den vergangenen Monaten allen Vereinsvertreterinnen und Vertretern gegenüber immer wiederholt habe, können diese sich auch verlassen.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird sicherstellen, dass in jedem Fall bei Eingriffen in bestehende Vereinsanlagen ein angemessener Ausgleich erfolgt – dies haben wir bisher immer so gehalten und stets waren die Betroffenen hinterher sogar besser gestellt als vorher. Dies war schon bei der Bundesgartenschau 1975 so mit der Kleingartenanlage Herzogenried, dies war 2009 so bei der Entwicklung des Industriegebiets Friedrichsfeld-West (ehemaliges QM Storage der US-Army) mit der Verlegung des Schützengesellschaft 1896 Seckenheim und das ist aktuell so bei der Stadtbahn Nord mit der Kleingartenanlage an der Oberen Riedstraße.

Und nun zur Frage des Finanzrahmens in den kommenden zehn Jahren. Wir haben dazu als SPD in unserem Flyer unter der Überschrift „Das kostet uns die BUGA“ Folgendes geschrieben: „Die Kosten für Investition betragen 65,5 Millionen Euro, der Zuschuss der Stadt für den Durchführungshaushalt 6,85 Millionen Euro. Die insgesamt etwa 72 Millionen Euro verteilen sich über zehn Jahre bis 2023, also zehn Jahre lang etwa 7 Millionen Euro.“ Nun starten wir in diesen Zehnjahreszeitraum mit einer Millionen Euro für die Gründung der BUGA-Gesellschaft und mit zusätzlichen Planungsmitteln, weil wir ja in den ersten Jahren keine Baumaßnahmen haben werden. Aber wichtig ist eben, dass wir unsere Rücklagen so steuern, dass sie uns insbesondere in den Jahren 2018 bis 2023 die erforderlichen Investitionen ermöglichen. Und genau dieses sieht der Haushaltsentwurf ja vor. Auch hier erinnere ich gerne an unsere Entscheidungsgrundlage, nämlich die Machbarkeitsstudie. Dort sehen wir im Rahmenterminplan, dass wir voraussichtlich erst ab 2018 überhaupt nennenswerte Baumaßnahmen haben werden. Und wir wissen bereits heute, dass unser Haushalt ab 2018 an zwei Stellen deutliche Entlastung erfahren wird. Nämlich zum einen durch den Abschluss der Finanzierung des Glücksteinquartiers und zum anderen durch die Beendigung unserer jährlichen Zahlungen für die Bewältigung der Risiken der Sparkasse Rhein-Neckar Nord. Deshalb können wir die dann anstehenden Investitionen im Zusammenhang mit der BUGA 2023 abbilden, ohne andere laufende Projekte zu kürzen.

Mannheims Innenstadt – die attraktivste Einkaufsmeile der Region

Die enorme private Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre hat unsere Position als Einkaufsmetropole gestärkt und diese erfreuliche Entwicklung wird fortgesetzt. Sowohl in den Planken, etwa mit den Neubauten in P3, P5 und P7 und dem historisierenden Wiederaufbau von O4, aber auch im angrenzenden Stadtquartier Q6/Q7 mit dem neuen Parkhaus samt Bauhaus in R5. Die privaten Bauprojekte mit ihren Gesamtinvestitionen von rund 730 Millionen Euro in die Mannheimer City belegen das enorme Zutrauen in unsere weitere Entwicklung. Dies wollen wir unterstützen durch verstärkte Anstrengungen im Bereich des Stadt- und Citymarketings. Dort wollen wir weitere Partner gewinnen und die Kooperation mit

dem Gemeinderat vertiefen. Gute Schritte waren die Neu-Eröffnung der Tourist-Info am Mannheimer Hauptbahnhof und die neuen Angebote für die größer werdende Zahl von Schiffstouristen.

Aufgrund der Vielzahl verschiedenster Bauprojekte innerhalb des Stadtzentrums haben wir den Beginn des Plankenumbaus einvernehmlich bis 2016 zurückgestellt. Neben den „eigentlichen“ Planken (P1 bis P7), dem Kaiserring und den Kapuzinerplanken haben wir das Projekt nun ausgeweitet auf die Seitenstraßen, die Fressgasse im Bereich von Q6/Q7 und auf den Platz vor dem Rathaus zwischen D5 und E5, wo die Haltestelle der rnv barrierefrei umgestaltet werden soll.

Zukunft Technisches Rathaus

Ich habe für die SPD-Gemeinderatsfraktion bereits frühzeitig erklärt, dass der bautechnische Zustand des Collini-Centers offenkundig nur noch als Totalschaden zu bezeichnen ist. Der mittlerweile ermittelte Sanierungsaufwand von über 70 Millionen Euro bestätigt dies. Daher wollen wir nun mit Investoren sowohl ein wirtschaftliches Modell entwickeln für einen Neubau an einem anderen Standort in guter Lage als auch eine überzeugende Planung für das Collini-Center-Areal erarbeiten.

Feuerwachen, Brand- und Katastrophenschutz

Um unserem Ankerinvestor für das Glückstein-Quartier, die Hauptverwaltung des Bilfinger-Konzerns, fristgerecht sein Baufeld zur Verfügung zu stellen, haben wir entschieden, die Verlegung der Feuerwache Mitte zu beschleunigen. Deshalb sind nun folgerichtig bereits in diesem Doppelhaushalt Ansätze von insgesamt 14 Millionen Euro enthalten und weitere 18 Millionen Euro bis 2017.

Um unser bewährtes und im neuen Brandschutzbedarfsplan bestätigtes Drei-Wachen-Konzept aufrecht zu erhalten, ist eine Generalsanierung der Feuerwache Nord erforderlich. Für diese unter voller Aufrechterhaltung des Betriebs geplante Maßnahme sind in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 insgesamt 9 Millionen Euro als Erstfinanzierung eingeplant.

Darüber hinaus ist vorgesehen, über 9 Millionen Euro in die Beschaffung von Fahrzeugen und Ausrüstung, Digitalfunk sowie in den Aufbau eines flächendeckenden Sirennetzes zu investieren. Diese Investitionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und des Brandschutzes und sind ebenso Ausdruck der Wertschätzung unserer Feuerwehr. Die SPD wird sich gleichwohl dafür stark machen, dass die benötigte Planstelle geschaffen wird, die die Ausfallzeiten im Rahmen der Vorsorgekuren kompensiert.

Zugleich wird die SPD in den anstehenden Beratungen darauf achten, dass der Einstieg in die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes auch durch den Etat abgedeckt ist. Dies betrifft die Vereinheitlichung des Grundschutzes auf den drei Wachen der Berufsfeuerwehr mit der damit verbundenen Aufstockung des Personalbestands sowie die Berücksichtigung der Belange der Freiwilligen Feuerwehr, etwa durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Mitgliedergewinnung und die Fortschreibung des Fahrzeugkonzepts.

Auch die aus der Mitte des Gemeinderates beantragte Investition in ein neues Gerätehaus in Wallstadt begrüßen wir. Dafür sind bis 2016 eine Million Euro im Etat eingestellt. Gleichwohl sind kontinuierliche Anstrengungen erforderlich, um die Freiwillige Feuerwehr als elementaren Bestandteil des Brandschutzes in Mannheim auf hohem Niveau zu stabilisieren und voranzubringen. Deshalb schlagen wir eine Werbekampagne der Freiwilligen Feuerwehr insbesondere zum Ziel der Mitgliedergewinnung vor.

Gute Straßen, Brücken und Plätze

Im Doppelhaushalt 2014/2015 setzen wir unsere Anstrengungen für den Erhalt unserer baulichen Infrastruktur fort, etwa indem wir 2,8 Millionen Euro mehr Mittel zur Unterhaltung der Straßen-, Wege und Platzflächen verwenden wollen.

Mit diesen Mitteln sollen in erster Linie die Straßen und Wege der Zustandsklassen 1-3 saniert werden, um ein extrem teures „Abrutschen“ in die Zustandsklassen 4 bis 6 zu verhindern. Diese Systematik ist vergleichbar mit jener der BBS bei den Schulen: Erhalt der Substanz und Vermeidung neuen Sanierungsbedarfs; Investitionen im Finanzhaushalt zur Verbesserung des Straßennetzes.

Ziel ist auch die grundhafte Erneuerung der Straßen mit Zustandsklasse 4 bis 6, etwa in der B44 Frankenthaler Straße, oder der Wormser Straße. Das Angebot der Verwaltung, nach Genehmigung des Haushalts eine detaillierte Prioritätenliste zu erarbeiten, nehmen wir gerne an.

Ebenso werden wir die erforderlichen Maßnahmen zur Brückensanierung durchführen, etwa die Grunderneuerung des Brückenkopfs Kurt-Schumacher mit über 1,5 Millionen Euro, die Grunderneuerung der Jungbuschbrücke mit über 1,1 Millionen Euro sowie weiteren 3,2 Millionen Euro für verschiedene Erneuerungen an der Konrad-Adenauer-Brücke, an der Friedrich-Ebert-Brücke und weiteren kleineren Brückenbauwerken.

Um für die Firmen und das Müllheizkraftwerk auf der Friesenheimer Insel die störungsfreie Anbindung an das Bahnnetz sicherzustellen, unterstützen wir als Lückenschluss im Gleisring, das vorhandene Nadelöhr an der Diffenébrücke aufzulösen.

Unsere Straßenbeleuchtung rüsten wir sukzessive um auf energieeffizientere Leuchtmittel und tauschen ca. 20.000 Quecksilberdampf-Hochdrucklampen bis spätestens 2018 aus.

Dabei sollen neue Technologien wie LED-Leuchten verstärkt zum Einsatz kommen. Auch bei unseren Lichtsignalanlagen werden in den nächsten Jahren die ältesten Anlagen nach und nach erneuert, etwa in der „Augustaanlage“ und „Auf dem Sand“.

Auch bei den Neubauprojekten kommen wir voran. Die Schulstraße mit einem Gesamtkostenvolumen von 2,5 Millionen Euro befindet sich bereits in der Ausführung und soll bis 2015 in drei Bauabschnitten realisiert werden, um die Umbauarbeiten am Bach-Gymnasium nicht zu behindern.

Im Zuge der Gleiserneuerung in der Seckenheimer Hauptstraße werden durch die rnv die beiden Haltestellen „Rathausplatz“ und „Deutscher Hof“ barrierefrei ausgebaut, die städtischen Flächen hergestellt und der Seckenheimer Rathausplatzes neu gestaltet. Um die Belastungen für die Anliegerinnen und Anlieger zu begrenzen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, sollen sowohl die Arbeiten der rnv als auch diejenigen der Stadt in einer gemeinsamen Baumaßnahme hergestellt werden.

Auch in Friedrichsfeld ist Bewegung: Die Umsetzung aller Vorhaben des Bürgerbeteiligungsprojektes „Stadtteilplätze Friedrichsfeld“ würde insgesamt 2,1 Millionen Euro erfordern. Hierfür sind in der Finanzplanung ab 2016 zunächst 600.000 Euro vorgesehen, um zunächst entweder den Bechererplatz und den Bürkleplatz herzustellen oder alternativ den Goetheplatz. Es laufen bereits Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Ausgestaltung der Plätze.

Unsere Straßen und Wege sollen barrierefrei sein und damit allen Menschen zur Verfügung stehen. Deshalb regen wir an, dass die städtische Verwaltung in Zusammenarbeit zum Beispiel mit dem Badischen Blinden- und Sehbehindertenverein eine Prioritätenliste erstellt, wie auch bestehende Ampeln und Übergänge barrierefrei umgebaut werden können. Der Verein hat bereits 20 dringlichste Vorschläge ausgearbeitet, die in einem mehrjährigen Programm umgesetzt werden könnten.

Vorfahrt fürs Radfahren

Wir wollen Mannheim zur Fahrradstadt machen und unser BYPAD Radwegekonzept schrittweise umsetzen. Dabei geht es um den Ausbau und die Schließung von bestehenden Lücken im Radwegenetz, aber auch um eine bessere Beschilderung und die Reduzierung von Hemmnissen sowie öffentliche Aktionen für das Fahrrad.

In diesem Doppelhaushalt wollen wir nun als größte Einzelmaßnahme den schon lange beschlossenen beidseitigen Radweg in der Bismarckstraße zusammen mit einer Umweltspur auf der Stadtseite in zwei Bauabschnitten umsetzen, um die Verkehrsbehinderungen auf dem mit 40.000 Kraftfahrzeugen täglich Abschnitt möglichst gering zu halten. Die SPD-Gemeinderatsfraktion schließt sich der Bewertung des Oberbürgermeisters an, dass die bisher in Aussicht gestellten Landesmittel von 0,9 Millionen Euro für diese Maßnahme mit einem Gesamtvolumen von fünf Millionen Euro zu gering sind. Möglich sind Zuschüsse von bis zu zwei Millionen Euro. Deshalb knüpfen wir die Maßnahmengenehmigung an den Vorbehalt einer deutlichen Zuschusserhöhung.

Wir begrüßen explizit die Weiterführung des Bypad-Programms mit neuen Radwegführungen insbesondere in und um die Innenstadt herum. Neben dem Ausbau unserer Radwege wollen wir auch mehr Straßen für Radfahrerinnen und Radfahrer öffnen, beispielsweise auch in der Neckarstadt.

Neue Angebote für moderne Mobilität

Mit insgesamt 8,2 Millionen Euro bis 2017 sollen die S-Bahn-Stationen Rheinau und Neckarau als Kompaktbahnhöfe entwickelt werden, dazu Friedrichsfeld und die Bahnhöfe Käfertal und Neuostheim, die als wichtige regionale Anbindung des BUGA-Geländes und Verbindung von dort zum BUGA-Gelände modernisiert werden.

Mit der Stadtbahn Nord werden wir ab 2016 in wichtigen Bereichen des Herzogenrieds und des Mannheimer Nordens für den schienengebundenen Nahverkehr erschließen und damit in allen Stadtteilen eine ökologische Alternative zum Auto anbieten. Dieses große Ausbauprojekt mit einem Gesamtvolumen von über 77 Millionen Euro finanzieren wir innerhalb des städtischen MVV-Konzerns mit Zuschüssen von Bund und Land in Höhe von rund 51 Millionen Euro und einem Eigenanteil von 26 Millionen Euro und somit ohne Belastung unseres städtischen Haushalts.

Die Erhöhung der Taktzeiten in den Abendstunden und der Bau der Stadtbahn Nord sind diesbezüglich wichtige Aspekte für die Erhöhung der Akzeptanz öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. Entscheidend wird es in den kommenden Jahren sein, die Nutzungsfreundlichkeit weiter zu verbessern, sei es etwa durch den behindertengerechten Aus- und Umbau von Haltestellen in Mannheim oder durch die Weiterentwicklung hin zu flexibleren Tarifen.

Wir streben eine stärkere Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch alle Menschen an. Hierzu gilt es, den Komfort zu erhöhen, wenn es um die Nutzung der Stadtbahn geht. Ein gutes Beispiel ist die vor wenigen Monaten im VRN-Gebiet eingeführte Touch-and-Travel-App, durch die lästiges Ticketlösen und zeitraubendes Suchen nach Kleingeld passé sind.

Auch geht es darum, eine einfachere, transparentere und vor allem sozial gerechtere Tarifstruktur zu schaffen. Fakt ist, der ÖPNV im Jahre 2025 wird anders aussehen als im Jahre 2014 und es bedarf hierzu einer stetigen Fortentwicklung tradiert Vorstellungen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist bereit, in den Dialog über zukunftsorientierte Konzepte, etwa die eines umlagefinanzierten ÖPNV, wie ihn bereits einige Städte in Europa praktizieren, einzusteigen. Es gilt, Form und Finanzierung des ÖPNV auf eine neue Grundlage zu stellen. Dazu scheint es angebracht, die zahlreichen und ohne Frage grundsätzlich sinnvollen Sonder- und Zusatzangebote zu überprüfen.

Auch sind gerade durch neue Kommunikationsmittel wie Smartphones und Tablets die Möglichkeiten gegeben, sich ganz anders, nämlich deutlich flexibler, in der Stadt zu bewegen. Warum sollte jemand auf ein Verkehrsmittel angewiesen sein? ÖPNV, Carsharing oder Radverleih sind nur einige Beispiele, wie es sich heute von A nach B kommen lässt. Eine stärkere Vernetzung dieser Angebote in Mannheim muss die logische Konsequenz sein.

Angesichts des stadtweit erheblich angestiegenen Parkraumdrucks werden wir über eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf einige Stadtteile nachdenken müssen. Zudem wird die SPD sich für eine umfassende Verkehrskonzeption im Innenstadtbereich stark machen. Es gilt hier die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner und die der Gewerbetreibenden bzw. deren Kunden angemessen zu berücksichtigen.

Klimaschutz weiter verbessern

Die schrittweise Umsetzung unserer bereits verabschiedeten Klimaschutzziele werden wir in den kommenden Jahren aktiv begleiten. Insbesondere die Vernetzung dieser Projekte mit unseren strategischen Zielen, wie Stärkung der Urbanität und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, wollen wir unterstützen.

Wichtiger Erfolgsfaktor für die zielgerichtete Umsetzung der Klimaschutzkonzeption war nach dem Aufbau der Infrastruktur mit Klimaschutzleitstelle und Klimaschutzagentur die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel im Doppelhaushalt 2012/2013. In verschiedenen öffentlichen Gebäuden wie z.B. dem Eissportzentrum Herzogenried, dem Hallenbad Neckarau und den Reiss-Engelhorn-Museen wurden mit Hilfe dieser Budgets die Energieeffizienz verbessert und Energiesparpotenziale gefördert. Ebenfalls werden hohe Energiestandards im „Glückstein-Quartier“ und im Wohngebiet „Beim Hochwald“ gesetzt und der Passivhausstandard in diesem Quartier aus Klimaschutzmitteln wird gefördert.

Viele Klimaschutzprojekte werden in Kooperation mit der Klimaschutzagentur Mannheim verwirklicht, für welche wir auch in diesem Doppelhaushalt einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro einstellen.

Um ältere Gebäude energieeffizient zu sanieren, unterstützen wir die Altbausanierung mit einem Förderprogramm von jährlich 400.000 Euro für private Hauseigentümer - das ist zugleich Wirtschaftsförderung, weil hiervon Mannheimer Handwerksbetriebe besonders profitieren.

Öffentliche Sicherheit

Die SPD hat sich im Vorfeld der Etatberatungen klar zum Kommunalen Ordnungsdienst bekannt und für eine Ausweitung der Präsenz in den Stadtteilen geworben. Wir werden uns in den Etatberatungen dafür einsetzen, dass die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel, wie vom Ersten Bürgermeister Sprechert ursprünglich angekündigt, im Etat enthalten sind. Dies betrifft sowohl die erforderliche Umschichtung von mindestens vier Personalstellen vom Innen- in den Außendienst als auch die Kosten für ein sog. Sicherheitsmobil, welches regelmäßig für eine signifikante Präsenz der Ordnungsbehörden in den Stadtteilen sorgen könnte.

Die Sicherheitsumfrage der Stadtverwaltung im Jahr 2012 hat gezeigt, dass es immer noch Stadtteile gibt, wie etwa die Innenstadt oder die Neckarstadt-West, in denen sich die Menschen weniger sicher fühlen als in anderen Stadtteilen, wie etwa auf dem Lindenhof oder in Feudenheim. Für die SPD ist klar: Es darf in Mannheim keine rechtsfreien Angsträume geben. Unser Ziel muss sein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Mannheim in allen Stadtteilen gleichermaßen sicher fühlen. Die Schlussfolgerungen aus der Sicherheitsumfrage gehen für uns noch nicht weit genug, hier sind weitere Anstrengungen zu unternehmen. An

dieser Stelle bedanken wir uns beim Ersten Bürgermeister Christian Specht für die intensive Abstimmung mit den Fraktionen und Gruppierungen in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Wir sollten prüfen, zunächst für bestimmte Stadtteile (Innenstadt/Jungbusch; Schönau und Neckarstadt-West) sogenannte "Präventions-" oder "Sicherheits-Beiräte" einzurichten. Diese könnten an die Bezirksbeiräte angegliedert sein, aber ein weiteres Personenspektrum umfassen (Vereinsvorsitzende, Quartiermanager, Bund der Selbstständigen, Vertreter von Bildungseinrichtungen, Bürgerinnen und Bürger). Hinzu kämen der Fachbereich Sicherheit und Ordnung und die Polizei. In diesem Gremium könnte regelmäßig in gleich bleibender Zusammensetzung über die Situation vor Ort und die erforderliche (Präventions-) Arbeit gesprochen werden. Gegenüber regulären Sitzungen oder Sondersitzungen des BBR wäre dabei ein fester über die Bezirksbeiratsmitglieder hinausgehender Personenkreis dauerhaft beteiligt. Unser Anspruch ist es, den Bürgern zu zeigen, dass wir Ihre Sorgen ernst nehmen und aufgreifen.

Sauberes Mannheim

Die Sauberkeit einer Stadt ist ein wichtiges Kriterium für viele Menschen, gerade wenn sie von außerhalb kommen. Deshalb unterstützen wir die Ansätze im Haushaltsentwurf, bei der Stadtreinigung die Finanzmittel um 300.000 Euro aufzustocken und gleichzeitig die vorgesehenen Einsparungen aus dem Haushaltsstrukturprogramm 2012/2013 um 400.000 Euro zurückzunehmen.

Gerade in den Stadtteilen möchten wir, dass verstärkt auf die Sauberkeit geachtet wird. Ein guter Schritt der städtischen Verwaltung waren die Picobello-Aktionen. Diese möchten wir gerne weiter unterstützen und vorschlagen, ein eigenes Sauberkeitsteam zu gründen, das ausschließlich in Sonderaktionen in den Stadtteilen für mehr Sauberkeit unterwegs ist.

FÜR ALLE GENERATIONEN: SPORT UND KULTUR



Sanierung unserer Sportstätten – Beispiel MTG-Halle

Ehrenamtliche fördern

Kulturstadt leben

Kulturelle Bildung stärken

Sport und Kultur sind wesentliche Elemente von Gesellschaftspolitik und unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeinwesens. Kultur ist ein Schlüssel zu mehr Emanzipation und Selbstständigkeit durch die Teilhabe des Einzelnen am kulturellen und gesellschaftlichen Geschehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre historischen Wurzeln in Arbeiterbildungs- und Sportvereinen. Und die Ermöglichung von kultureller Teilhabe aller Menschen in Mannheim ist heute so aktuell wie damals.

Vereinssport stärken

Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Er bringt Lebensfreude, Gesundheit und macht Spaß. Sport ist zugleich Integrationsmotor und Wegbereiter für die Inklusion. Jung und Alt, Frauen und Männer; Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrer religiösen, politischen oder sexuellen Orientierung sind durch den Sport miteinander verbunden.

Millionen Stunden werden alleine im Sport jedes Jahr ehrenamtlich geleistet. Nur durch dieses Engagement wird Sport von Kindesbeinen bis ins hohe Alter für alle ermöglicht. Der organisierte Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands mit mehr als 28 Millionen Mitgliedschaften in mehr als 91.000 Vereinen, ein Drittel der Deutschen sind also in Sportvereinen aktiv. Hinzu kommen immer mehr Menschen, die unabhängig von Vereinen unterwegs sind.

Das Fundament des deutschen Sportsystems bleiben seine Vereine. Die vielen Menschen; die in den Sportvereinen aktiv sind, stellen einen wichtigen gesellschaftlichen Faktor dar. Sie sind die soziale Basis des Sports. Die Vereine vor Ort leisten eine hervorragende Jugend- und Sozialarbeit und stiften in Städten und Gemeinden Identifikation. Ich möchte hier ausdrücklich den Beitrag der Sport- und Kulturvereine zur Integration in unserer so bunten Stadtgesellschaft betonen und mich hierfür im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion herzlich bedanken.

Von daher ist es für uns ein MUSS, die Vereine im Bereich der Trainerfortbildungen zu unterstützen. Wir bezuschussen zwar die erste Ausbildung, aber die Kosten der Fortbildung – und die ist nicht gerade unwichtig -, überlassen wir den Vereinen. Mit dieser Kostenübernahme, können wir ein funktionierendes Vereinsleben vor Ort unterstützen.

Sport für Alle mit Allen

Durch den demographischen Wandel sind die Sportvereine darauf angewiesen, ihre Angebotsstruktur anzupassen und sich der Vielfalt unterschiedlichster Zielgruppen, den Kindern und Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und den Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen zu öffnen. Bei vielen Sportstätten besteht zudem nach wie vor hoher Sanierungs- und energetisch begründeter Modernisierungsbedarf. Wir müssen daher die Förderung des Sports auf eine solide Grundlage stellen. Insbesondere die Erneuerung der Sportstätteninfrastruktur ist wichtig.

In der Erhebungsphase der Sportstätten in Mannheim konnten insgesamt 505 Sportstätten bzw. Anlagen erfasst werden. Insgesamt sind 172 Hallen für Turnen, Spiele und Mehrzwecknutzung vorhanden, ebenso wie 158 Außensportanlagen, 9 Bäder mit insgesamt 27 Becken und 163 Sondersportanlagen. Überall besteht immer noch ein erheblicher Sanierungsbedarf. Alleine die Vorkerkung der Kunstrasenplätze, der Bau von 1846 oder aber auch die ermittelten 150.000 Euro von Phönix für die Erneuerung der Umkleidekabinen beanspruchen mehr Mittel im Haushalt. Und da haben wir noch nicht über eine Sanierung des Hauptspielfeldes des Seppl-Herberger-Stadion gesprochen oder von der Sanierung der Umkleidekabinen im Rhein-Neckar-Stadion. Dort wird übrigens sehr viel Schul- und Vereinssport betrieben. Wir begrüßen die vorgesehenen Zuschüsse im Jahr 2014 in Höhe von einer Million Euro. Jedoch geht es uns darum, dass jedes Jahr dauerhaft Zuschüsse für die Sanierung von Sportanlagen in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung stehen.

Die Vereinslandschaft steht in stärker werdender Konkurrenz zum privat organisierten Sporttreiben und zu Fitness und Wellnessangeboten der Studios. Um auf diesen Trend zu reagieren, schlagen wir daher ein kostenloses und offenes Sport- und Bewegungsangebot vor, wie es in Stuttgart angeboten wird. Die Aktion nennt sich „Sport im Park“. Mit rund 650 Terminen bietet das Stuttgarter Amt für Sport und Bewegung in Kooperation mit dem Sportkreis Stuttgart, einigen Sportvereinen und weiteren Partnerinnen und Partnern seit 2010 ein abwechslungsreiches Mitmachprogramm für alle Bewegungsfreudigen unter freiem Himmel ein. Mehrmals pro Woche laden erfahrene Trainer zu einer Stunde Sport, Spaß und Aktivität an der frischen Luft ein. An dem kostenlosen Angebot kann jede(r) teilnehmen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Sport und Schule

Der Breitensport bildet die Basis für den Leistungs- und Spitzensport. Bewegung und Sport werden im Bereich Bewegung und Erziehung noch zu sehr vernachlässigt. So steht die dritte Sportstunde nach wie vor in vielen Schulen nur auf dem Papier. Das Bewusstsein für Sport in allen Altersstufen und insbesondere für den Zusammenhang von Fitness und geistiger Beweglichkeit im Alter muss gestärkt werden. Der Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen hat auch große Auswirkungen auf die Sportentwicklung. Das Verhältnis von öffentlichen und gemeinnützigen Sportangeboten muss neu bestimmt werden. Umso wichtiger ist eine Kooperation der Kitas und Schulen mit den Sportvereinen. Für die Zusammenarbeit brauchen auch die Sportvereine unsere Unterstützung. Sie stellt neue Anforderungen an die Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie an das überwiegend ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder. Eine enge Kooperation von Bildung und Sport wird mehr Bewegung in den Schulalltag bringen und die Vielfalt des Sports in unseren Bildungseinrichtungen verankern.

Sport in Mannheim und die Chancen der Konversion

Eine wichtige Sportveranstaltung ist das traditionelle Albert-Schweitzer-Basketballturnier sein. Dieses Turnier, bei dem die Basketballjugend auf der ganzen Welt nach Mannheim schaut, führen wir erfolgreich weiter und pflegen damit auch ein Symbol der deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Auch die MTG-Halle ist ein wichtiges Aushängeschild der Mannheimer Sportlandschaft. Wir möchten sie zu einer Veranstaltungshalle ausbauen. Dementsprechend werden wir uns dafür einsetzen, die notwendigen Finanzmittel in diesem Doppelhaushalt bereitzustellen.

Großartige Optionen eröffnen sich zum einen durch die mögliche Bewerbung Mannheims zur Europäischen Kulturhauptstadt, zum anderen durch die freiwerdenden Flächen der Konversion. Gerade auf der Coleman-Kaserne sowie im Benjamin-Franklin-Village sind neben zukünftigen Projekten auch Zwischennutzungen denkbar. In manchen Bereichen ist es aber umso wichtiger, möglichst schnell auf den Konversionsflächen für Klarheit zu sorgen. Dabei denken wir beispielsweise an den Fußballverein Türkspor, der seit Jahren nach einem geeigneten Gelände sucht.

Etabliert als Kulturstadt

Mannheim steht vor der nicht unwesentlichen Aufgabe einer umsichtigen Neu-Orientierung und Neu-Ausrichtung. Schon lange ist aus der klassischen Industriestadt auch ein großer Dienstleistungs-Standort geworden. Nun stehen wir vor der großen Herausforderung einer sinnvollen Gestaltung von freigewordenen Militärf Flächen.

In allen Phasen des Wandels unserer Stadt standen und stehen uns seither die kreativen und gesellschaftsbildenden Kräfte der Kultur zur Seite. Kultur, die integriert, die die Wirtschaft anzieht, die die Kreativität fördert und die unsere Stadt zu etwas besonderem zu machen in der Lage ist. Wir sind eine Stadt mit einer reichen Kulturtradition, einer Kultur, die seit Carl-Theodor immer von den Bürgerinnen und Bürgern mit Stolz getragen und weiterentwickelt wurde, viele unserer Kultureinrichtungen legen Zeugnis davon ab.

Die Kunsthalle erfährt durch die großzügige Spende des Ehepaars Hector, aber auch durch eine überaus rasch gewachsene Stiftung einen enormen baulichen und inhaltlichen Innovationsschub. Ich wünsche uns allen Mut und Respekt auf diesem Weg. Mut zu einem Entwurf, der unsere Weltoffenheit und unsere Toleranz belegt. Doch zugleich auch Respekt vor diesem Ort, der nicht nur eine Schatzkammer der bildenden Kunst in Mannheim ist, sondern seit Fritz Wichert auch ein Ort des kulturellen Lernens geworden ist. Um beides zu vereinen, bedarf es eines kreativen Bauwerks, das sich als Anziehungspunkt in den Dienst unserer Stadt stellt.

Die Reiss-Engelhorn-Museen erzielen nationales und internationales Interesse. Sie unterbreiten Angebote für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und gehen neue ungewöhnliche Wege und Kooperationen ein. So nehmen bei der aktuellen Wittelsbacher-, wie auch schon bei der vorausgegangenen Stauffer-Ausstellung nicht nur die Ausstellungsräume der rem, sondern über die ganze Region sorgsam ausgewählte interessante Anlaufpunkte die Besucher mit auf spannende Entdeckungsreisen. Das ist neu,

das verbindet innerhalb der Region und diese wiederum europaweit mit weiteren Akteurinnen und Akteuren. Und schließlich sehen wir jetzt schon mit Spannung den nächsten inhaltlichen und baulichen Neuerungen entgegen.

Auch das Nationaltheater geht neue Wege. Es nimmt die musische Früherziehung, die Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit ernst – mit innovativen Angeboten. Bereits Kinder ab acht Wochen erleben einen Einstieg ins Musiktheater, die Junge Oper wird dieses Jahr schon sieben, erstmalig aber erhielt die Mannheimer Oper den herausragenden zweiten Platz als „Oper des Jahres“ – Gratulation hierzu. Das Schauspiel begibt sich in Schulen und Jugendhäuser, in einem Stadtprojekt stehen auf der Bürgerbühne Mannheimerinnen und Mannheimer auf den Brettern, die die Welt bedeuten. Der Tanz geht in Museen, Fabrikhallen – an ungewohnte Orte. Teilhabe ist angesagt – auf allen Ebenen! Schillertage und Mozartsommer bieten ein weit über die Grenzen Mannheims hinausgehendes Festivalprogramm, mit begeisternden Beiträgen aus der europäischen Theaterlandschaft. Nicht zuletzt steht uns das „Theater der Welt“ ins Haus, das den internationalen Blick auf uns lenken wird.

Als älteste und zweitgrößte Musikhochschule in Baden-Württemberg, als der Ort, an dem die „Mannheimer Schule“ entwickelt wurde, als ein Zentrum kultureller und künstlerischer Bereicherung für die ganze Region und als Kooperationspartner für die Schulen und weitere Institutionen trägt die Musikhochschule nicht nur zur Ausbildung von Musikerinnen und Musikern bei, sondern leistet kulturelle Bildung in einem weit verästelten Netzwerk für die ganze Region.

Auch wenn wir notwendige Einsparungen nachvollziehen können, erwarten wir bei den derzeitigen Diskussionen im Land eine ausgewogene Lösung, die die Musikhochschule Mannheim als vollwertige Hochschule sichert.

Stadtteilkultur und Freie Szene

Die Vision „MANNHEIM europäische Kulturhauptstadt“ lebt von einer lebendigen Stadtteilkultur. Die vielfältigen kulturellen Aktivitäten in unseren Stadtteilen fördern die Identifikation mit dem Stadtteil und das gesellschaftliche Zusammenleben seiner Bürgerinnen und Bürger. Hier liegt es in der Verantwortung des Kulturamtes und des Kulturhauptstadtbüros, für ein ausgewogenes Verhältnis der Förderung im Rahmen des städtischen Kulturprogramms Sorge zu tragen. Zum einen ermöglichen die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen unserer Kulturvereine, wie Chöre, Orchester oder Laienbühnen die aktive Teilhabe vieler Menschen am kulturellen Leben unserer Stadt, zum anderen benötigen diese Initiativen auch Unterstützung für ihr überwiegend ehrenamtliches Wirken.

Um diese Aktivitäten noch stärker zu unterstützen, ist für uns die Umstrukturierung des Kulturamts in eine kulturelle Stätte der Begegnung als Kulturbüro denkbar. In einem „Open House“ im Zentrum Mannheims, beispielsweise mit Kneipe, Ausstellungsräumen und einem Veranstaltungskonzept, könnten wir Menschen unterschiedlichster beruflicher und persönlicher Herkunft näherbringen, Mannheims Kultur ganz neu darstellen und zugleich auch für die Stadt Mannheim werben. Gerade für junge Menschen würden auf diese Weise neue Horizonte geschaffen.

Um unsere Stadtteile und ihre Künstlerinnen und Künstler noch mehr in den Fokus der breiteren Öffentlichkeit zu rücken, denken wir an Kultur-Scouts, die aktiv in der Stadt nach spannender Kunst und Kultur Ausschau halten. Dabei sollen sie eben nicht nur Förderanträge in Empfang nehmen, sondern aktiv und regelmäßig auf der Suche nach förderwürdigen Projekten unterwegs sein.

Die Freie Kunstszenen unserer Stadt ist Ausdruck und Nährboden der kulturellen Befindlichkeit unserer Stadt, sie ist der Raum, in dem unkonventionelle neue Ideen

entwickelt und erprobt werden können. Sie ist das Atelier, in dem neue Kunstformen entstehen, in dem sich Menschen begegnen, die mitformen wollen und integriert werden können. Wir wollen nicht nur die Freie Kulturszene sondern auch neue Kunstformen fördern, seien sie in der bildenden oder in der darstellenden Kunst, weil sie Entwicklungen nach sich ziehen, die unsere Stadt attraktiver machen.

Kunst benötigt Platz! Gerade die Freie Kultur-Szene im Zentrum Mannheims sehnt sich nach mehr Räumen. Deshalb möchten wir den Umbau des Bürgersaals dazu nutzen, dass verschiedene Einrichtungen dort agieren können. Zugleich benötigen wir gerade als Musikmetropole mit Popakademie eine Konzert-Club-Location mit einer Kapazität von etwa 300 Plätzen. Wir wollen prüfen, welche Chancen uns dafür zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt besteht die Möglichkeit, aus der derzeit selten benutzten Trinitatis-Kirche eine Kulturkirche zu entwickeln. Dazu stehen wir in Gesprächen mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren.

Interkulturelle Kulturarbeit

In unserer Stadt leben Menschen aus 170 Nationen zusammen und wir sind stolz, dass wir schon immer eine offene Stadt für Mitbewohner aus der ganzen Welt waren und sind. Jede Nation bringt auch ihre Kultur mit in unsere Stadt. Uns ist es wichtig in interkulturellen Projekten unkompliziert voneinander zu lernen, denn so wie wir an den Sicht- und Lebensweisen unserer Mitbürger interessiert sind, so halten wir es auch für wichtig, dass sie unsere Lebenskultur kennenlernen können – mit uns zusammen. Das bringt nicht nur neue kulturell-künstlerische Formen hervor, sondern schafft Nähe und gemeinsame Zielvorstellungen für die Stadt, in der wir gemeinsam leben, und an der alle mitgestalten können. Kein Orchester, keine Tanzensemble, kein Filmteam, keine Künstlergruppe mit Vertretern aus nur einer einzigen Nation ist heute weltweit denkbar. Wir wollen mit künstlerischen Projekten auch in unserer Stadt eine solche in die Stadtgesellschaft

ausstrahlende fruchtbare Zusammenarbeit fördern und auch auf diesem Feld unserer Internationalität Ausdruck verleihen.

Kulturelle Bildung

Für uns Sozialdemokraten ist Bildung Teilhabegerechtigkeit, und für uns ist Teilhabe an der Kultur unserer Stadt damit gleichermaßen gemeint, denn Kultur ist ein Bildungselement. Es gibt den allgemeinen Gedanken, dass man „nur Hunger hat nach etwas, das man kennt“. So gilt das auch für die Kultur. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass Kinder und Jugendliche aus allen Gesellschaftsgruppen, Kunstformen wie Musik, Tanz, Theater, Literatur, Malen, Plastizieren und viele mehr, umfassend kennenlernen und möglichst auch ausüben können. Vor dem Hintergrund neurologischer Forschungsergebnisse, dass kognitives Lernen durch eigenes künstlerisches Tun deutlich gefördert wird, stellt dies sogar noch eine Weiterentwicklungsmöglichkeit im schulischen Lernen dar. Deshalb sehen wir in Kooperationen von Schule und Museum, Theater, Musikschule, Bibliothek, Musik- und Kulturvereinen, Malschule, Tanzgruppe usw. enorme Potentiale für die Förderung von Kindern und Jugendlichen und unterstützen diese ausdrücklich.

Europäische Kulturhauptstadt

Unsere Stadt hat eine gemeinsame Zukunftsidee entwickelt. „MANNHEIM europäische Kulturhauptstadt“ ist eine Vision für unsere Stadt, die eine große Dynamik in unsere Stadt gebracht hat. Die SPD-Gemeinderatsfraktion versteht das Projekt als ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept. Das setzt voraus, dass wir dem Begriff der Kulturhauptstadt die nötige Breite geben, um durch die Einbeziehung von Sportstätten und Vereinen, Stadtplanern und Konversionsflächen, Stadtteilakteuren und Migrantenvereinen eine städtische Bewegung zu schaffen, die nicht nur „von oben“ durch die Mannheimer Kulturinstitutionen oder „von unten“ durch die „freischaffenden Künstler“ und Intellektuellen getragen wird, sondern die Stadt in ihrer Gesamtheit erfasst.

Die Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt ist für uns ein offener Prozess. Nimmt man alleine die Veränderungen der letzten Jahre im Jungbusch in den Blick, dann wird man ohne jede Übertreibung feststellen können, dass der Stadtteil ohne die Ansiedlung der Kreativwirtschaft, die Popakademie und den derzeitigen Bau des Kreativzentrums von der übrigen Stadtentwicklung abgehängt worden wäre.

Deshalb geht es für uns nicht um einen bestimmten Termin für die Bewerbung, nicht um ein großes Event-Jahr, nicht um eine mögliche Konkurrenz zur Bundesgartenschau 2023. Es geht uns darum, Kulturschaffende gerade aus Mannheim und der Region zusammenzubringen, in einem Prozess von unten und aus den Stadtteilen heraus eine neue Kultur-Atmosphäre zu erzeugen und verborgene Mannheimer Talente nach draußen zu bringen. Deshalb unterstützen wir den angestoßenen Prozess weiterhin.

Ein gutes Beispiel im offenen Kulturprozess ist auch die Stadtgalerie in S 4. Mit der Künstlerförderung durch die Galerie ist ein erster erfolgreicher Anfang in diesem Bereich gemacht worden, an dem die Künstlerinnen und Künstler sogar bei der Organisation maßgeblich mitverantwortlich sind. Ein öffentlich bezuschusster Ausstellungsraum ist ein wichtiger Bestandteil und wichtige Förderung der hiesigen Kunstszene. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der Galerie ein.

Kultur als Stadtentwicklungskatalysator funktioniert auch in der Retrospektive. Die zahlreichen Industriebauten sind Zeugnisse der Ingenieurkunst und Architektur und machen den Wandel des Arbeitsplatzes und des Arbeiterlebens der letzten 150 Jahre erfahrbar. Wir sind froh, dass im kommenden Jahr der Rundgang Industriekultur nach dem Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion durch den Industriehafen ermöglicht wird.

DIE CHANCE FÜR UNSERE STADTTTEILE



Beitrag zu strategischen Zielen

Umbau 48er Platz gemeinsam mit der Bürgerinitiative

Die Stadtteile genau im Blick

Städtebauförderung braucht wieder mehr Bundesmittel

Gerade in Mannheim konnten in früheren Jahren durch Bundesmittel, wie etwa für die Soziale Stadt, großartige Projekte beispielsweise auf der Schönau durchgeführt werden. In den vergangenen Jahren hat jedoch die schwarz-gelbe Bundesregierung zahlreiche Projekte und Förderungen dramatisch heruntergefahren. Hier erwarten wir von einer neuen Bundesregierung wieder eine klare Stärkung der Kommunen.

Wir begrüßen viele Initiativen der grün-roten Landesregierung, beispielsweise bei der Stärkung der Mieterrechte. Dieser Weg muss weitergegangen werden, um die Kommunen zu unterstützen. Dabei denken wir etwa an die Förderung bei Projekten im Öffentlichen Personennahverkehr.

Die Stadtteile genau im Blick

Neben unserem urbanen Zentrum sind es die Mannheimer Stadtteile, die das Lebensumfeld der Menschen prägen und ihnen Heimat sind. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass die Mannheimer Stadtteile mit zahlreichen Investitionen im Haushaltsentwurf berücksichtigt wurden.

Es war bisher in Haushaltsreden eine gute Tradition, an dieser Stelle aus Sicht der einzelnen Stadtteile die zusätzlichen Wünsche und Bedarfe vor Ort vorzutragen. Auch ich habe dies bei meiner ersten Haushaltsrede vor zwei Jahren so getan. Dahinter stand die Absicht, dass sich die Mitglieder der Bezirksbeiräte und der Parteigliederungen in den Stadtteilen auch unmittelbar hier in unseren Etatberatungen wiederfinden.

Auch in diesem Jahr hat die SPD-Gemeinderatsfraktion in allen unseren Ortsvereinen und Bezirksbeiräten die Themen und Anregungen zum anstehenden Doppelhaushalt aufgegriffen. Weiterhin haben wir in einer Mitgliederversammlung der Mannheimer SPD mit

mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die einzelnen Fachgebiete in Themengruppen diskutiert und zusätzliche Anregungen erhalten. Alle diese Punkte haben wir in der Druckversion meiner Rede zusammengestellt und sie bilden somit eine Grundlage für unsere Arbeit auch in den Fachausschüssen der kommenden beiden Jahre.

Hier in meinem Vortrag möchte ich jedoch gerne daran erinnern, was ich zu Beginn hinsichtlich unserer gesamtstädtischen Verantwortung ausgeführt habe. „Auch die Stadtteilpolitik muss sich stärker an der gesamtstädtischen Finanzverantwortung messen lassen“. Und gerade auch durch unser neues Bezirksbeiratsmodell leisten wir als deren Vorsitzende nun vor Ort einen wichtigen Beitrag, um für dies gesamtstädtische Verantwortung zu werben.

Deshalb möchte ich für unsere Beratungen anregen, dass wir ganz im Sinne unseres neuen Steuerungsmodells abwägen, welchen Beitrag eine Maßnahme zu unseren strategischen Zielen leistet und welche Wirkung wir mit dem damit verbundenen finanziellen Aufwand erzielen. Dies ist unser Maßstab und unser Anspruch an jedes Projekt, ganz gleich ob in der Kernstadt oder im Stadtteil.

Feudenheim

- Brücke und Weg zum Sportpark von Feudenheim kommend beleuchten
- Toilettenanlage auf dem Schulhof der Grundschule bereitstellen
- Brüder-Grimm-Schule erweitern/ ausbauen

Friedrichsfeld

- Neugestaltung der Stadtteilplätze vorziehen
- Zukunft der Friedrichsfeldschule sichern

Innenstadt/ Jungbusch

- Gemeinschaftsraum in T4/ T5 prüfen
- Bauboom in der City nutzen
- Radwege weiter ausbauen
- Radweg Bismarckstraße einrichten
- Parksituation weiter verbessern

Käfertal

- Kindergarten Lampertheimer Straße verlegen
- Trauerhalle sanieren
- Kulturhaus als soziokulturelles Zentrum etablieren
- Habichtsplatz als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche einrichten

Lindenhof

- Meeräckerplatz sicher gestalten
- 48er Platz neu gestalten
- Glücksteinquartier in den Stadtteil integrieren
- Sicht- und Verbindungsachse von Lokschuppen aus in den Stadtteil ermöglichen
- Lücke in der Lindenbepflanzung Schwarzwaldstraße schließen
- Werkstattgebäude und Lokschuppen für Gastronomie und Kultur nutzen
- Bahngleis-Querung Lindenhof-Schwetzingenstadt verbessern

Neckarau

- Schulstraße wieder zu „der“ Neckarauer Einkaufsstraße entwickeln
- 48er Platz neu gestalten
- „Niederbrückelplatz“ als Namen amtlich machen und wieder zu einem beliebten Treffpunkt machen
- Gartenhallenbad wieder voll in Schwung bringen

Neuostheim/ Neuhermsheim

- Ringschluss durchführen
- Generalsanierung Hebel-Schule

Neckarstadt-Ost und Neckarstadt-West

- Ausbau der Humboldt-Grund und Werkrealschule zur Ganztagschule
- Südliche Platzhälfte neu beleben
- Abenteuerspielplatz des Jugendhauses Erlenhof sanieren
- Bezirksbeiratsbudget um 10.000 Euro erhöhen nach stärkerem Zuzug von Menschen aus Südosteuropa

Rheinau

- Karlsplatz barrierefrei und freundlich gestalten
- Attraktiverer Stadtteil durch generationenübergreifendes Wohnangebot
- Sanierung des Stengelhofweiher und Betreuung zum Beispiel durch Angelsportverein

Sandhofen

- Schwimmbad angehen
- Hort- und Krippenplatzsituation weiter verbessern
- Sanierung der Lilienthalstraße angehen
- Coleman-Kasernen mit Bürgerinnen und Bürgern gestalten

Schönau

- Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung rund um die Endhaltestelle
- Lena-Maurer-Platz mit Konzertplatz einrichten
- Sanierung der Mermelerstraße und Lilienthalstraße angehen

Schwetzingenstadt/ Oststadt

- Zukunft des Jugendtreffs sicherstellen
- Gestaltung Tattersall angehen
- Zukunft der Pestalozzi-Schule
- Entwicklung Quartier 13 / Durchstich Reichskanzler Müller Straße angehen
- 2. Fußgängerquerung in der Bismarckstraße einrichten
- Bahnhofsvorplatz gestalten

Seckenheim

- Zukunft des Schlosssaals sichern
- Verkehrswegeplanung Seckenheim erstellen
- Sportstättenkonzept weiterverfolgen
- Neubau Kinderhaus Südschule ermöglichen

Vogelstang

- Entscheidung über Generalsanierung oder Neubau Geschwister-Scholl-Schule
- Toilettenanlagen in der Schule schnellstmöglich sanieren
- Private Kinderspielplätze sichern und erneuern

Waldhof/ Gartenstadt/ Luzenberg

- Taunusplatz neu gestalten
- Zukunft des Carl-Benz-Bads klären

Wallstadt

- Beleuchtung des öffentlichen Weges zum Jugendtreff einrichten
- 10-Minuten-Takt im öffentlichen Nahverkehr sichern
- Ganztagesplätze bei der Kinderbetreuung ausbauen
- Gehwegbeleuchtung Wendehammer Rohrkolbenweg einrichten

DANKE



Mein Dank im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion gilt den zahlreichen Müttern und Vätern dieses Haushaltsplanentwurfs in der Stadtverwaltung, an der Spitze Herrn Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Herrn Ersten Bürgermeister Christian Specht, unsere Frauen und Herren Bürgermeister sowie die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mein Dank geht auch an den Gesamtpersonalrat, stellvertretend Frau Gitta Süß-Slania, und an die Personalräte in den Fachbereichen und Dienststellen, die im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut mit uns zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen, die uns in Vorgesprächen mit ihrem Fachwissen beraten haben – innerhalb wie außerhalb der Verwaltung. Ich bedanke mich für die kritische Reflektion durch unsere Partei und für die zahlreichen Anregungen aus der Bevölkerung.

Und ganz besonders geht mein Dank an meine Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstelle, Herrn Helmut Lupke und Herrn Adnan Alibasic.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für die Unterstützung und freue mich nun auf die Etatberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Was bewegt Mannheim? Die SPD-Gemeinderatsfraktion berichtet für Sie regelmäßig im Amtsblatt. Dieses finden Sie wöchentlich kostenlos mit dem Wochenblatt in Ihrem Briefkasten. All unsere Beiträge können Sie auf unserer Homepage nachlesen: www.in-mannheim-spd.de

SPD-GEMEINDERATSFRAKTION MANNHEIM

RALF EISENHAUER, VORSITZENDER

RATHAUS E 5
68159 MANNHEIM

TEL. 0621 293 2090
FAX: 0621 2939470

EMAIL: SPD@MANNHEIM.DE

WWW.IN-MANNHEIM-SPD.DE
[FACEBOOK.COM/SPDFRAKTIONMANNHEIM](https://www.facebook.com/SPDFRAKTIONMANNHEIM)

NOVEMBER 2013